

Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.

Das Landeswahlprogramm 2009

DIE LINKE.

Inhalt

Präambel	3		
1. Gute Arbeit – besser wirtschaften	6		
1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise	6		
1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen	6		
1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch	7		
1.4. Umkehr in der Lohnpolitik	8		
1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen	9		
1.6. Sachsen – Land der Innovationen	10		
1.7. Beschäftigung öffentlich fördern	10		
1.8. Öffentliche Unternehmen stärken	11		
1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken	11		
1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken	12		
1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken	13		
1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren	13		
2. Sozial gerecht und sicher leben	15		
2.1. Selbstbestimmt und solidarisch	15		
2.2. Aktiv Armut bekämpfen	15		
2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln	16		
2.4. Würdevolles Leben im Alter	16		
2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken	17		
2.6. Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen	18		
2.7. Gleichstellung ermöglichen	18		
2.8. Vielfalt statt Diskriminierungen	19		
2.9. Familienfreundliches Sachsen	20		
2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen	21		
3. Bildung und Kultur für alle und überall	23		
3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren	23		
3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung	23		
3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an	23		
3.4. Längeres gemeinsames Lernen	23		
3.5. Schulische Bildung verbessern	24		
3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten	24		
3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt	25		
3.8. Sorbische Schulen	25		
3.9. Kostenfreiheit für Schülerinnen- und Schülerbeförderung und Lernmittel	25		
3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken	26		
3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort	26		
3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen	26		
3.13. Gebührenfreies Studieren in Sachsen	26		
3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken	27		
3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs	28		
3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen	28		
3.17. Sachsen als Kulturstaat	29		
3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten	29		
3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen	30		
3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken	30		
3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien	31		
3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren	31		
3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen	31		
3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern	32		
3.25. Sorbische Kultur fördern	32		
3.26. Gedenkstättengesetz novellieren	32		
4. Sicher leben – Freiheit schützen	33		
4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte	33		
4.2. Rechtsstaat erhalten	33		
4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen	35		
4.4. Kommunalpolitik stärken	35		
4.5. Kommunalabgaben begrenzen	36		
4.6. Mitwirkung erleichtern	36		
4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche	37		
4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen	37		
4.9. Für eine lebendige Grenzregion mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik	38		
4.10. Flughafen Leipzig/Halle zivil nutzen, statt militärisch missbrauchen	38		
4.11. Die extreme Rechte: Eine Gefahr für die Demokratie	39		
5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten	40		
5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft	40		
5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig	40		
5.3. Nachhaltigen Energiemix für Sachsen entwickeln	41		
5.4. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten	42		
5.5. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten	42		
5.6. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen	43		
Schluss	45		

Präambel

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, zwei Jahrzehnte nach dem Herbst 1989 ist das Versprechen von den »blühenden Landschaften«, das damals den Menschen in Sachsen gegeben wurde, fernab der heutigen Realität. Sachsen war seit Jahrhunderten eine Region, in der die Wirtschaft gedieh und bildete auch in der DDR das wirtschaftliche Zentrum des Landes. Die hohe Qualifikation der Einwohnerinnen und Einwohner war die Grundlage dafür, dass die sächsische Ökonomie, aber auch Wissenschaft, Handel und Kultur eine Spitzenstellung einnahmen. Sachsen als Einwanderungsland bot Menschen ganz verschiedener Herkunft, Weltanschauungen oder Lebensweisen einen Platz. Kulturelle Offenheit und Innovationsfähigkeit waren über Jahrhunderte ein Markenzeichen Sachsens und Grundlage seines wirtschaftlichen Erfolgs. Nirgendwo sonst waren also die Bedingungen für die Einhaltung des Versprechens von den »blühenden Landschaften« so gut wie in Sachsen. Der Zusammenbruch des wirtschaftsliberalen Finanzsystems und der unvorstellbare Verlust von Volksvermögen in dreistelliger Milliardenhöhe haben den Vorwurf ad absurdum geführt, dass DIE LINKE den Wohlstand in Deutschland bedroht. Vielmehr ist es umgekehrt: Weil die bürgerliche Regierung ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist, muss jetzt die Masse der kleinen Leute für die grandios verfehlte Finanzpolitik die Zeche zahlen.

Die Einnahmen des Freistaates bestehen zu einem großen Teil aus Zuwendungen der reichen Bundesländer. Sachsen ist es in den letzten

20 Jahren nicht gelungen, sich unabhängig von Zuwendungen anderer zu machen. In den nächsten Jahren werden die »Aufbau Ost«-Mittel Jahr für Jahr zurückgehen. Das bedeutet, dass wir in Sachsen die nächsten zehn Jahre nutzen müssen, um unser Land in die Lage zu versetzen, aus eigener Kraft allen Einwohnerinnen und Einwohnern ein Leben in Menschenwürde zu ermöglichen. Die bisherige Politik aber betreibt ein perspektivloses Sparen als Selbstzweck. Dabei verliert sie aus den Augen, dass es um den Abbau des strukturellen Einnahmedefizits gehen muss. Fakt ist, dass die Milliarden für Beamtenpensionen und für die Landesbankbürgschaft nicht zur Verfügung stehen, um Wirtschaft und Arbeit in Sachsen dauerhaft zu stärken. Sie fehlen sogar für nachhaltige Investitionen zum Erhalt der Substanz im Bildungssektor und zum Ausbau der Forschungs- und Unternehmenslandschaft. Die als »solide Haushaltspolitik« getarnte Konzeptionslosigkeit führt zu Verlusten an Menschen, Unternehmen, Wissenschafts- und Forschungsstandorten. Diese Form der passiven, defensiven Politik ist kurzfristig und führt Sachsen in eine Sackgasse. Mit diesem Wahlprogramm legen wir, DIE LINKE in Sachsen, Ideen, Vorschläge und Konzepte für Sachsen vor, mit denen wir unser Land zum Besseren gestalten wollen. Wir wollen ermöglichen, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner dieses Landes ein Leben in Menschenwürde führen kann. Denn die Leistungen der Menschen in Sachsen sind in den letzten Jahren, bei allen sozialen Verwerfungen, die Grundlage dafür,

dass Sachsen auch Erfolge zu verzeichnen hat. Ihrem Fleiß, ihren Initiativen, ihrer Bereitschaft zur Veränderung ist es zu verdanken, dass Sachsen lange Zeit als erfolgreichstes neues Bundesland galt. Die meisten Menschen leben gern in Sachsen. Damit das so bleibt und der begonnene Abstiegsprozess gestoppt und umgekehrt wird, braucht Sachsen einen Aufbruch aus der politischen Erstarrung. Mit dem Verlust der sächsischen Landesbank und den damit verbundenen Belastungen in Milliardenhöhe für unseren Landeshaushalt hat die CDU ihren Ruf als Partei guter Finanzpolitik verloren. Anstatt auf einer soliden, auf die regionalen Aufgaben orientierten Arbeit aufzubauen, wollte man auf den großen Märkten mitspielen und verlor dabei besonders gründlich. Die CDU hat das Vertrauen missbraucht, das ihnen von vielen Sachsen entgegengebracht wurde. Auch in der Wirtschaftspolitik wird deutlich, dass die Rezepte der CDU nicht heilsam sind. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen verdienen nicht nur deutlich weniger als die in den alten Bundesländern. Ihr Verdienst ist sogar noch geringer als im Schnitt der neuen Bundesländer. Die CDU behauptet, dass dies ein Vorteil für Sachsen wäre. Die Schere zwischen Sachsen und den alten Bundesländern öffnet sich weiter, das Inlandsprodukt Sachsens wuchs 2008 langsamer als das aller anderen Bundesländer. Nach zwanzig Jahren CDU-Politik muss festgestellt werden: es wurde nicht erreicht, was versprochen wurde.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, viele, insbesondere junge Frauen und Männer, sehen schon seit langem

nicht mehr ein, warum sie die Ergebnisse der Politik ausbaden sollen. Sie verlassen Sachsen und suchen ihr Glück anderswo. Seit 1990 sind dies über 700 000 Menschen. So verliert unser Land kompetente und fleißige Menschen. Die meisten Städte und Gemeinden in Sachsen schrumpfen auf dramatische Weise. Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, verliert Sachsen dauerhaft die Voraussetzungen für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung.

DIE LINKE. Sachsen steht für einen Richtungswechsel in der sächsischen Politik hin zur sozialen Sicherheit, zu innovativem und nachhaltigem Wirtschaften. Wir wollen zukunftsfähige Bildung und Möglichkeiten der kulturellen Teilhabe, die niemanden von vornherein ausgrenzen. Dies wollen wir gemeinsam mit den Menschen erreichen. Nur ein Land, in dem man gut arbeiten, gut lernen und gut leben kann, ist auf Dauer attraktiv. Soziale Sicherheit ist zu allen Zeiten, die Grundlage für Kreativität und ein selbstbestimmtes Leben. Es ist nur menschlich, dass die mit Abstand meisten Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit anstreben, was für uns als LINKE nur in Verbindung mit sozialer Gerechtigkeit funktionieren kann und einhergeht. Denn aller Reichtum entsteht nicht, weil die wenigen, die über ihn verfügen, so viel getan hätten. Er ist vielmehr das Ergebnis der Tätigkeit der vielen, die nur wenig davon haben. Soziale Gerechtigkeit ist eine Frage der Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und der Verteilung des Reichtums. Davon hängt auch die soziale Sicherheit in der Gesellschaft ab. Dafür wollen wir regieren. Als Partei der sozialen Sicherheit und

Gerechtigkeit steht DIE LINKE dafür, keine Kürzungen im Sozialetat des Landeshaushalts vorzunehmen und keine Verschlechterungen der Standards im Bereich der Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte zuzulassen. Vielmehr werden wir uns für deren Ausbau einsetzen.

Die CDU hatte in Sachsen vier Wahlperioden Zeit, ihre Versprechungen einzulösen. Sie ist gescheitert. Dies muss auch der SPD ins Stammbuch geschrieben werden, die seit 2004 Mitverantwortung in der Regierung trägt. Seit der politischen Wende hat sich unsere Partei DIE LINKE zur stärksten Oppositionspartei

in Sachsen entwickelt, die wie keine andere Partei für soziale Gerechtigkeit steht. Auf allen Ebenen – in Europa, im Bund, im Land und in den Kommunen – beschränken wir uns nicht auf Widerstand und Protest, sondern bieten realisierbare politische Alternativen an. Wir haben die Kraft für einen nachhaltigen Politikwechsel, für die Durchsetzung einer neuen sozialen Idee, für ein innovatives und welt-offenes Sachsen.

DIE LINKE. Sachsen hat ihre Arbeit in den letzten Monaten auf Kernprojekte für einen Politikwechsel konzentriert, die wir Ihnen im Folgenden vorstellen wollen.

1. Gute Arbeit – besser wirtschaften

1.1. Die Sächsische Wirtschaft in der Krise

Sachsen gehörte früher zu den wirtschaftlich prosperierenden Regionen in Deutschland. Noch immer ist unsere Wirtschaftskraft stärker als die anderer ostdeutscher Länder. Allerdings ist die sächsische Wirtschaft durch die Deindustrialisierung Anfang der 90er Jahre und die falsche Strategie, auf niedrige Löhne zu setzen, geschwächt. Wenige Großunternehmen, verlängerte Werkbänke, eine zu geringe Zahl von Unternehmen, ein kapitalschwacher Mittelstand und eine mangelnde Binnenkaufkraft sind die zentralen Probleme. Sachsen ist weit von einer sich selbst tragenden Wirtschaftsentwicklung entfernt. Der Abstand zu den westdeutschen Ländern ist nach wie vor zu groß und ist in den letzten Jahren gewachsen. Die Hoffnungen der letzten Jahre auf einen erneuten Wirtschaftsaufschwung werden durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zunichte gemacht. Hinzu kommt eine neoliberale Politik, die mit der Agenda 2010 einen Höhepunkt gefunden hat. Sie hat mit ihrer Niedriglohnstrategie, zahlreichen und bewussten Deregulierungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu einer Zunahme prekärer Beschäftigung und zu Realeinkommensverlusten der abhängig Beschäftigten geführt. Die kurzzeitige Entspannung auf dem sächsischen Arbeitsmarkt ist zu einem nicht unerheblichen Teil durch die Zunahme von Leiharbeit und geringfügiger Beschäftigung erkaufte worden. Hinzu kommt die Tatsache, dass viele von Arbeitslosigkeit Betroffene in Rente gegangen und

damit aus der Statistik heraus gefallen sind. Inzwischen gibt es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote. Die Anmeldung von Kurzarbeit und die Ankündigung von Massenentlassungen sind die Vorboten einer schweren Wirtschaftskrise. Dies macht sich auf dem sächsischen Arbeitsmarkt bereits jetzt deutlich bemerkbar. Wirtschaftskrisen sind im Kapitalismus systembedingt. Dennoch gibt es politische Verantwortungsträger, die für die Schärfe der aktuellen Krise die Verantwortung tragen. Auch in Sachsen ist diese Strategie befürwortet und verfolgt worden.

1.2. Ein Schutzschirm für die Menschen

Die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der LINKEN steht für einen grundlegend anderen Ansatz. Unser Ziel sind gute Arbeitsplätze zu menschenwürdigen Arbeitsbedingungen: mit einer existenzsichernden, fairen und tarifgebundenen Entlohnung, welche die Leistungen der Menschen würdigt und die Binnenkaufkraft stärkt. Wir wollen mit der Förderung des Mittelstandes eine stabile Wirtschaftspolitik, die auch den strukturschwachen ländlichen Regionen zugute kommt und gleichwertige Lebensverhältnisse für alle schafft. Wir werden alles daran setzen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen so gering wie möglich zu halten. Es kann nicht sein, dass jetzt diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind. Um die sächsische Wirtschaft in der Krise zu stabilisieren und die Arbeitsplätze

zu sichern, braucht Sachsen eine Konjunkturpolitik für Arbeitsplätze. Dazu gehören auch kurzfristige Lösungen für momentan gefährdete Unternehmen. Der Staat darf sich in dieser schwierigen Situation nicht aus der Verantwortung ziehen. Gleichzeitig müssen die Fehler der Vergangenheit korrigiert und zukünftig vermieden werden. Durch Teilverstaatlichung, Beteiligungen der öffentlichen Hand oder die Unterstützung von Mitarbeiterbeteiligungen am Unternehmenskapital kann die Politik wieder Einfluss auf Unternehmen gewinnen und dafür sorgen, dass ihre Wirtschaftstätigkeit dem Allgemeinwohl zu Gute kommt. In diesen Fällen muss die Gewährleistung der Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten Voraussetzung sein.

1.3. Wirtschaft: sozial und ökologisch

DIE LINKE. Sachsen weiß auch, industrielle Wertschöpfung ist für den Wohlstand der Gesellschaft und den sozialen Fortschritt unverzichtbar. Weil wir gute Arbeit und gutes Leben für die Menschen im Freistaat auf der Grundlage gerechter Verhältnisse wollen, kümmern wir uns ebenso entschieden um die Bedingungen der Entstehung der Güter und Leistungen. Bei der Unterstützung von Unternehmen mit öffentlichen Mitteln zum Zweck der Konsolidierung und der Wachstumsfinanzierung soll die öffentliche Beteiligung des Freistaates Vorrang haben. Öffentliche Aufträge sollten verstärkt an Unternehmen vergeben werden, die in energetische Effizienzsteigerungen, Emissionsvermeidung oder freiwillige Umweltschutzmaßnahmen investieren. Dafür wollen wir den »Sächsischen Beteiligungsfonds Nachhaltige Wirtschaft« einrichten, in ihm sollen auch alle

bereits direkt oder indirekt bestehenden Beteiligungen des Freistaates zusammengeführt werden. Nehmen Unternehmen öffentlich finanzierte Wirtschaftsförderung, Garantien oder Kapitalhilfen in Anspruch, dann dürfen im Interesse des Gemeinwohls nicht nur betriebswirtschaftliche Kriterien und Kalküle die Unternehmensentwicklung bestimmen. Auf der Grundlage der betriebswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und regionalen Entwicklungsperspektiven ausreichend zu entsprechen. Bei der Wirtschaftsförderung im verarbeitenden Gewerbe ist künftig nur bei einer Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung durch Betriebsräte zu achten. Wir wollen mit den Arbeitgeberverbänden, den Gewerkschaften sowie der öffentlichen Hand die Einrichtung eines »Sächsischen Landesbeirates für nachhaltige Wirtschaft« verabreden. Dieser soll Aufgaben bei der Festlegung der Schwerpunkte der regionalen und sektoralen Wirtschaftsförderung, der Ausrichtung der Technologie- und Innovationspolitik sowie der regionalen Arbeitsmarktpolitik des Freistaates wahrnehmen. Mit einem sozial-ökologischen Konjunkturprogramm für Sachsen wollen wir Arbeitsplätze erhalten, die Wirtschaft stabilisieren, modernisieren und auf Zukunftsfähigkeit ausrichten. Ein Schwerpunkt sollte daher auf innovativen und ökologisch nachhaltigen Technologien liegen. In einem Land mit einer langen Ingenieurstradition, leistungsstarken Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen sowie einer langen Tradition der Energieerzeugung hat Sachsen die besten Voraussetzungen, um zu dem Land ökologischer Innovation zu werden.

Bereits jetzt gibt es tausende Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien. Viele neue Arbeitsplätze können hier entstehen, wenn in Solar- und Windenergie sowie in Geothermie, Methoden der Energieeinsparung oder der Entwicklung einer innovativen Produktpalette investiert wird. Auch die energetische Sanierung von Gebäuden nützt der Umwelt, schafft Arbeitsplätze und schont den Geldbeutel. DIE LINKE setzt auf nachhaltiges Wirtschaften und ökologische Innovation. In Sachsen befindet sich das einzige europäische Cluster der Mikroelektronik. Das wollen wir erhalten und ausbauen – wenn nötig auch mit gezielter staatlicher Unterstützung und Intervention.

Ein weiterer Baustein unseres Konjunkturprogramms ist die Investition in Bildung und soziale Infrastruktur. Mit dem Ausbau, der Sanierung und Erweiterung von Kitas und Schulen wollen wir die dringlich gebotenen Verbesserungen angehen und darüber hinaus eine hohe Investitionsquote halten. Wir wollen die Investitionstätigkeit der Kommunen stärken und dafür sorgen, dass auch finanzschwache Kommunen profitieren können. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) als alternatives Investitionskonzept lehnt DIE LINKE. Sachsen grundsätzlich ab.

1.4. Umkehr in der Lohnpolitik

Die geringe Binnenkaufkraft ist eine weitere Strukturschwäche der sächsischen Wirtschaft, da sie zu wenig Nachfrage und damit zu Instabilität sächsischer Unternehmen v. a. im Dienstleistungsbereich führt. Deswegen will DIE LINKE die Kaufkraft stärken. Aber auch aus anderen Gründen wollen wir eine Umkehr in

der Lohnpolitik befördern. Viele Menschen in Sachsen arbeiten zu Niedrig- oder Armutslöhnen. Viele Menschen können von den Einkünften aus ihrer Arbeit nicht mehr leben. In kaum einem anderen Land gibt es mehr »Aufstocker« als in Sachsen – also Menschen, die zusätzlich zu ihrer Arbeit zum Überleben noch Hartz IV beziehen müssen. Auch die viel zu geringe Tarifbindung sächsischer Unternehmen trägt zu dem geringen Lohnniveau in Sachsen bei. Deshalb streitet DIE LINKE in Bund und Ländern für einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn.

Doch auch Sachsen hat die Möglichkeit, eine Umkehr in der Lohnpolitik zu befördern. Wir wollen alle rechtlichen Spielräume ausnutzen, damit öffentliche Aufträge nur noch an Firmen vergeben werden, die Mindestlöhne zahlen. Darüber hinaus wollen wir eine Tariftreueerklärung im Vergaberecht. Mit öffentlichen Geldern darf kein Lohndumping finanziert werden! Auch andere soziale Kriterien und das Verbot, Produkte aus Kinderarbeit zu beschaffen, müssen im Vergaberecht gesichert werden. Eine leistungsge-rechte Bezahlung von Angestellten im öffentlichen Dienst und eine Initiative zur Lohnangleichung von Frauen und Männern sind weitere Schritte, um für faire und existenzsichernde Löhne zu sorgen. Die Ergebnisse der entsprechenden Tarifrunden sind jeweils zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Die Angleichung der ostdeutschen Löhne an westdeutsches Niveau ist und bleibt eine wichtige Aufgabe. DIE LINKE wird sich gemeinsam mit den Gewerkschaften für Flächentarifverträge einsetzen.

1.5. Kleine und mittelständische Unternehmen stärken, Regionen unterstützen

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das Handwerk und der Tourismus sorgen für die Wirtschaftskraft der Regionen und sie stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung. Deshalb will DIE LINKE kleine und mittelständische Unternehmen und deren Vernetzung untereinander stärken. Auf den Mittelstand zu setzen, ist ein weiteres Instrument, um die Wirtschaftskrise zu überstehen. Kleine und mittelständische Unternehmen, die in der Region investieren, statt auf Finanzmärkten zu spekulieren, verdienen stärkere Unterstützung. Dies gilt insbesondere in der Tourismuswirtschaft. Durch eine gezieltere Landesförderung zur Stärkung des Eigenkapitals der Unternehmen, der Qualifizierung der Beschäftigten sowie durch ein in den Tourismusregionen besser abgestimmtes Marketing können in den nächsten Jahren mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstehen. Die Stärkung der Tourismuswirtschaft ist gerade in strukturschwachen sächsischen Regionen ein wichtiger Beitrag zur regionalen Vernetzung von klein- und mittelständischen Unternehmen und kann damit zusätzlich Wachstumsimpulse setzen. Eine gute Auftragslage und eine stabile Kreditversorgung sind nicht nur, aber gerade in der Krise Voraussetzung für die Stabilisierung von Handwerk und Mittelstand. Da es in Sachsen nur wenige Großunternehmen gibt, ist es umso wichtiger, dass die öffentliche Hand dafür sorgt, dass Aufträge an kleine und mittlere Unternehmen aus der Region fließen. Deshalb fordert DIE LINKE schon seit

vielen Jahren eine stetige kommunale Investitionspauschale, welche die Kommunen in die Lage versetzt, vor Ort zu investieren. Wo es erforderlich ist, müssen vor allem finanzschwache Kommunen vom Eigenanteil bei Kofinanzierungen für Investitionen befreit werden. Gegebenenfalls müssen rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Würden die Aufträge stärker als bisher in der Region vergeben, könnten sie regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Eine bessere Kreditversorgung wollen wir durch kommunale Sparkassen und Genossenschaftsbanken erreichen.

Unsere Mittelstandspolitik ist eng mit der Stärkung von regionalen Wirtschaftskreisläufen statt einer einseitigen Orientierung auf Leuchtturmpolitik verbunden. Regionalentwicklung und Wirtschaftspolitik müssen aufeinander abgestimmt werden. DIE LINKE will daher Regionalbudgets einführen. Ein Teil der Fördergelder von EU und Bund, die in Sachsen zur Verfügung stehen, sollen pauschal in die Regionen gehen, damit mit der Sachkompetenz der Bürgerinnen und Bürger vor Ort entschieden wird, wofür sie eingesetzt werden. Damit wollen wir sicherstellen, dass auch ländliche Räume von öffentlichen Geldern profitieren und die Bevorzugung der Großstädte in der Wirtschaftsförderung unterbunden wird. Mit einer integrierten Politik für ländliche Räume sollen die Potentiale der Region gebündelt und besser genutzt werden.

Die ökonomischen Kontakte zu den Nachbarländern Polen und Tschechien müssen stärker gepflegt und der Aufbau grenzüberschreitender Wirtschaftsregionen forciert werden.

1.6. Sachsen – Land der Innovationen

Im Rahmen einer modernen Innovationspolitik wollen wir die Förderpolitik umgestalten. Kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen verfügen anders als Großunternehmen über keine eigenen Forschungsabteilungen. Technologietransfer zu Gunsten klein- und mittelständischer Unternehmen findet viel zu wenig statt. Mit Hilfe von Innovationsgutscheinen sowie staatlich und gewerkschaftlich gemeinsam getragenen Kompetenztransferzentren wollen wir dafür sorgen, dass kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen stärker als bisher von Innovationen profitieren und sie anwenden können, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stärkung der sächsischen Forschungsstandorte leisten. Sachsens Unternehmen und insbesondere neue Unternehmen verfügen über zu wenig Kapital, um sich am Markt zu etablieren. Deshalb wollen wir jungen Unternehmen Risikokapital zur Verfügung stellen. Wenn damit gleichzeitig eine öffentliche Beteiligung einhergeht, kann gesichert sein, dass ein Teil der Gewinne in die öffentlichen Haushalte zurückfließt und die Förderpolitik nicht länger ein reines Zuschussgeschäft darstellt. Revolvierende, sich selbst refinanzierende Fonds stellen ein weiteres Instrument dar, das kapital-schwache sächsische Unternehmen stärkt und die öffentlichen Haushalte gleichzeitig schont. DIE LINKE unterstützt Technologiezentren in ländlichen Regionen. Wir stehen für eine Neuausrichtung der Technologiepolitik auf ökologische Innovationen, die auf die Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte und auf effiziente und ressourcenschonende Herstellung setzt.

1.7. Beschäftigung öffentlich fördern

Um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedarf es allerdings mehr als einer besseren Wirtschaftspolitik. Sachsen braucht endlich eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich die systematische Bekämpfung von Massenarbeitslosigkeit zum Ziel setzt. Die Auflage eines Landesarbeitsmarktprogramms ist längst überfällig. Die Arbeitsmarktpolitik von Bund, Land, Regionaldirektion der Agentur für Arbeit und den Kommunen muss endlich besser koordiniert werden und gemeinsame Ziele verfolgen. Öffentlich geförderte Beschäftigung und Schaffung neuer Arbeitsplätze im sozialen und kulturellen Bereich müssen dabei eine wesentliche Rolle spielen. Statt demütigender Ein-Euro-Jobs wollen wir sozialversicherungspflichtige Alternativen, das heißt reguläre und existenzsichernde Arbeitsplätze, befördern. Ein »Non-Profit-Sektor« zwischen Markt und Staat – also Arbeiten im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich – bietet viele Potentiale für neue Arbeitsplätze. Ob z. B. in Schulküchen, der Sozialarbeit oder im Umweltschutz – es gibt viel Arbeit, die nicht oder nicht ausreichend finanziert wird. Mit einer Bündelung der Gelder aus verschiedenen Töpfen wollen wir mehrjährige, existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. Außerdem würde dies die umfangreiche Trägerlandschaft in Sachsen stabilisieren und den Wegfall der ABM-Förderung durch den Bund kompensieren.

DIE LINKE tritt auf Bundesebene für eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I ein. Wir wollen, dass Langzeitarbeitslose die gleichen Rechte beim Zugang zu arbeitsmarktpoli-

tischen Maßnahmen haben. Wir unterstützen die Selbstorganisation und Selbsthilfe von Erwerbslosen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind das Gegenteil von guter Arbeit. Wir wollen sie zu Gunsten regulärer Beschäftigung abschaffen und Leiharbeit auf wenige hochqualifizierte Spezialistinnen und Spezialisten begrenzen. Wir fordern eine Obergrenze für die Beschäftigten der Leiharbeit im Verhältnis zur Stammbesellschaft und dass Beschäftigte der Leiharbeitsfirmen nur befristet in einem Betrieb beschäftigt werden. Es kann nicht sein, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter für die gleiche Arbeit weniger verdienen und weniger Rechte haben als die Beschäftigten aus der Stammbesellschaft. DIE LINKE fordert: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Auch Mini-Jobs sind nicht das Beschäftigungswunder, das man sich mit ihrer Einführung versprochen hat. Denn sie führen zu keinerlei Ansprüchen auf Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie zu nur minimalen Rentenansprüchen, die zu Lasten der Betroffenen gehen und letztendlich durch die öffentliche Hand kompensiert werden müssen. Wir wollen Sozialversicherungspflicht ab der ersten Stunde. Statt der Ausbeutung von Praktikantinnen und Praktikanten wollen wir faire Praktika, die mit Mindestlohn vergütet werden. Praktika dürfen nur der Ausbildung dienen und nicht anstelle regulärer Beschäftigung treten.

Befristete Arbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahren stark zugenommen. DIE LINKE fordert daher eine Eindämmung von befristeten Arbeitsverhältnissen sowie eine Übernahme sobald im Betrieb Arbeitskräftebedarf besteht.

1.8. Öffentliche Unternehmen stärken

DIE LINKE will öffentliche Unternehmen stärken. Wir wenden uns strikt gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Möglichkeiten zur Re-Kommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge, wie z. B. der Energieversorgung, müssen vom Land unterstützt werden. Dabei müssen sich diese strikt am Gemeinwohlinteresse orientieren. Wir wollen die Auflösung der Sachsenfinanzgruppe, die jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen darf. Die Stärkung kommunaler Sparkassen steht für uns im Mittelpunkt, denn sie haben mehrheitlich den Versuchungen riskanter Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten widerstanden und einen verantwortungsvollen Umgang mit den Ersparnissen ihrer Kunden bewiesen.

Öffentliche Unternehmen, aber nicht nur sie, sind in der Pflicht, Wirtschaftsdemokratie zu befördern. Die öffentlichen Beteiligungen in Sachsen müssen transparent gemacht, demokratisch kontrolliert und gesteuert werden. Die Vorlage eines sächsischen Subventionsberichtes, Transparenz bei der Fördermittelvergabe, aber auch die Offenlegung und Begrenzung der Gehälter von Managern und Geschäftsführern der öffentlichen Unternehmen gehören dazu.

1.9. Fachkräftemangel entgegenwirken

Durch das Ausscheiden von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus dem Arbeitsmarkt droht zumindest für einige Branchen ein Fachkräftemangel. Durch eine verantwortungsvolle Politik kann dies

aber auch bedeuten, dass Erwerbslose eine Chance auf einen Arbeitsplatz erhalten oder ein beruflicher Aufstieg ermöglicht wird. Eine gezielte Anpassungsqualifizierung, die sich auch an ältere Menschen richtet, die stärkere Förderung von Fort- und Weiterbildung sowie eine zukunftsorientierte Ausbildungspolitik sind die richtigen Instrumente. Fachkräftemangel bietet auch die Möglichkeit, dass Menschen aus anderen Regionen nach Sachsen ziehen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich die Löhne dem Niveau der westdeutschen Länder angleichen. Auch das spricht für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und eine Umkehr in der Lohnpolitik. Nicht nur qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten rar werden: In vielen Betrieben stehen die Unternehmer vor dem Eintritt ins Rentenalter. Das Land ist auch hier in der Verantwortung dafür, dass im Interesse von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft diese Unternehmen nicht einfach geschlossen, sondern ein Nachfolger oder eine Nachfolgerin gefunden wird. Unternehmensnachfolge kann z. B. für Angestellte des jeweiligen Betriebes oder für Hochschulabsolventen eine ökonomische Perspektive eröffnen. DIE LINKE. Sachsen will Existenzgründerinnen und Existenzgründer sowie die Unternehmensnachfolge kleiner und mittelständischer Unternehmen gezielt unterstützen, zum Beispiel durch spezielle Förderprogramme und Weiterbildungsangebote.

1.10. Arbeitsplätze schaffen, Zukunftsbranchen stärken

Die sächsische Wirtschaft kann sich mit staatlicher Unterstützung viele neue Potentiale erschließen, weitere zukunftsfähige Branchen aufbauen

und einen sinnvollen Strukturwandel befördern. Wir wollen einen qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektor mit guten Löhnen statt einer Dienstbotengesellschaft. Öffentliche Dienstleistungen stehen bei uns ganz vorn – wir wollen mehr und besser qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher und mehr Personal an den Hochschulen. Im Kulturland Sachsen mit seinen international renommierten Museen, Festivals und Theatern, mit einer lebendigen Sozio- und Alternativkultur und vielen kreativen Köpfen haben wir gute Voraussetzungen dafür, die Kreativ- und Kulturwirtschaft zu einem weiteren Standbein sächsischer Wirtschaft auszubauen. Dafür sind Beratung für Existenzgründerinnen und Existenzgründer, eine stärkere Vernetzung mit dem öffentlich geförderten Kulturbereich und eine stabile Finanzierung der Kulturszene Voraussetzung.

Auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft müssen neue Arbeitsplätze entstehen. Sachsen ist das Land mit dem höchsten Anteil älterer Menschen. Der Bedarf an hochqualifiziertem und gut bezahltem Pflegepersonal wird steigen.

Breitbandinternetanschlüsse sind immer mehr eine Voraussetzung für die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen sowie Standortfaktor für Unternehmen. DIE LINKE. Sachsen setzt sich daher für eine flächendeckende Internet-Verfügbarkeit als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Dabei sieht sie vor allem die Unternehmen der Telekommunikationsbranche in der Pflicht, auch im ländlichen Raum leistungsfähige Anschlüsse bereitzustellen.

1.11. Die Rechte von Beschäftigten, Erwerbslosen und Verbrauchern stärken

DIE LINKE. Sachsen will gemeinsam mit Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen die Rechte von Beschäftigten und Erwerbslosen ausbauen. Deshalb wollen wir endlich ein modernes Personalvertretungsgesetz für den öffentlichen Dienst durchsetzen. Weiteren Angriffen auf den Kündigungsschutz muss Sachsen im Bundesrat entschieden begegnen. Die Abschaffung der »Verfolgungsbetreuung« von Langzeiterwerbslosen und anderer entwürdigender und sanktionierender Maßnahmen durch die ARGEN und Ämter sind die Ziele einer repressionsfreien Arbeitsmarktpolitik. Insbesondere die Rechte von Erwerbslosen sind in den letzten Jahren massiv beschnitten worden. Wir wollen eine Beteiligung von Erwerbslosenvertretungen in den ARGE-Beiräten und Optionskommunen und wir wollen ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften erstreiten. Die bevorstehenden Rechtsformänderungen der ARGEN dürfen nicht auf dem Rücken der Erwerbslosen ausgetragen werden. Vielmehr wollen wir sichern, dass sie auch weiterhin alle Leistungen für Wiedereingliederung und zur Grund-sicherung aus einer Hand erhalten. Wir setzen uns für einen besseren Arbeits- und Datenschutz für Beschäftigte ein. Wir wollen die Kompetenzen im Verbraucherschutz in Sachsen endlich in einem Ministerium und in einem Landtagsausschuss bündeln. Das Verbraucherinformationsgesetz wollen wir dringend nachbessern. Dabei ist eine stabile Finanzierung der Verbraucherzentralen eine weitere wichtige Aufgabe.

1.12. Ausbildung und Beruf qualifizieren

DIE LINKE. Sachsen will jedem jungen Menschen mit dem Recht auf einen Ausbildungsplatz einen guten Einstieg in das Berufsleben ermöglichen. Darüber hinaus spricht auch ein gerechter Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen für die Einführung einer Ausbildungsplatzumlage. Neben der Quantität ist die Qualität der Ausbildung sicherzustellen. Die Berufsausbildung darf sich nicht einseitig am Bedarf der Wirtschaft orientieren. Sie dient der individuellen Ausbildung und Qualifizierung von jungen Menschen und sorgt mit für gleiche Arbeits- und Berufschancen. Das Ziel ist dabei die Verwirklichung des Rechts auf eine der persönlichen Qualifikation entsprechende Arbeit. Dennoch muss das Ausbildungsangebot so ausgerichtet werden, dass es dem zukünftigen Bedarf entspricht. Gute Ausbildungspolitik muss daher den Strukturwandel der Wirtschaft mit berücksichtigen. So kann die Zahl derjenigen erhöht werden, die nach der Ausbildung auch tatsächlich einen Arbeitsplatz in Sachsen finden. Der zukünftige Bedarf an Fachkräften in Sachsen ist daher durch ein Gremium von Fachleuten abzuschätzen und die Berufsausbildungsförderung daran zu orientieren. Dabei bleibt das Recht auf freie Berufswahl unangetastet. Wir stehen für ein abgestimmtes Agieren von regionaler Wirtschafts- und Ausbildungsplatzförderung. Die Mitwirkungs- und Mitspracherechte der Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen gestärkt werden.

Auch der öffentliche Dienst muss seinen Beitrag zur Ausbildungsförderung leisten, anstatt das Angebot an Ausbildungsplätzen weiter zu

reduzieren. Flexible Arbeitszeiten, familienfreundliche Freistellungsregelungen, leistungsgerechte Bezahlung und Einstellungskorridore im öffentlichen Dienst verjüngen das Personal und geben jungen Menschen eine berufliche Perspektive. DIE LINKE will die freie Wahl des Ausbildungsplatzes fördern und junge Menschen bei der Auswahl des zukünftigen Berufes unterstützen. Dazu gehört eine stete Begleitung der Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen und eine Vernetzung der Bildungsträger mit den regional ansässigen Unternehmen. Dadurch kann sinnvolle Nachwuchspolitik in und mit den Unternehmen gemeinsam mit den zukünftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gestaltet und falscher Berufswahl vorgebeugt werden. Für DIE LINKE sind gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte mit der Bereitschaft zu

lebenslangem Lernen eine Voraussetzung für eine moderne öffentliche Verwaltung. Über die Mitbestimmung der Personalräte muss gesichert werden, dass die Aus- und Fortbildung im Rahmen einer gezielten Personalentwicklung qualitativ verbessert wird. Wir unterstützen eine umfassende Dienstrechtsreform mit dem Ziel der Schaffung eines transparenten und leistungsgerechten Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts. Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und einer selbstbestimmten Ruhezeit (Sabbatjahr) zur Erholung oder Weiterbildung, wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst stärker gerecht werden. Bildungstage für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen wir in Sachsen gesetzlich verankern.

2. Sozial gerecht und sicher leben

2.1. Selbstbestimmt und solidarisch

Soziale Sicherheit ist für viele Menschen in weite Ferne gerückt. Massenarbeitslosigkeit und stagnierende Löhne haben zu einer Verschärfung sozialer Problemlagen geführt. Der Politik ist es nicht gelungen, die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich zu schließen. Im Gegenteil: Die Hartz-Gesetze und der mangelnde politische Wille, Armut und Ausgrenzung entschlossen zu bekämpfen, haben zur weiteren Verarmung von Erwerbslosen und Geringverdienern geführt. Die Wirkungen dieser Armutspolitik haben inzwischen weite Bevölkerungsschichten bis in die Mittelschicht hinein erreicht. Mit der Wirtschaftskrise ist die soziale Sicherheit noch mehr in Gefahr. Viele Menschen müssen um ihre ökonomische Zukunft bangen oder den sozialen Abstieg fürchten. Von dieser Verunsicherung ist inzwischen auch die Mittelschicht betroffen. Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist daher notwendiger denn je. DIE LINKE ist *die* soziale Kraft in Sachsen. Die Verbesserung sozialer Lebenslagen und mehr Rechte für die Betroffenen sind für uns vor dem Hintergrund der zugespitzten Situation die wichtigste Aufgabe. Solidarität und Selbstbestimmung sind dabei die Grundsätze linker Sozialpolitik. Soziale Sicherheit ist Bedingung für ein selbstbestimmtes Leben. Deshalb streiten wir für ein Sachsen, in dem jeder Mensch frei von sozialen Ängsten leben kann und für einen solidarischen Ausgleich in der Gesellschaft. Neben der Bekämpfung

von Armut geht es uns auch um die Stärkung sozialer Rechte. Wir wollen einen sozialen Rechtsstaat. Wir streiten für eine gleichberechtigte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben. Jeder Mensch muss das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung haben.

2.2. Aktiv Armut bekämpfen

Die Bekämpfung von Armut ist eine der größten Herausforderungen für Sachsen. Hartz IV, Massenarbeitslosigkeit, stagnierende Löhne und Mini-Jobs haben viele Menschen in Armut gebracht. Die Anzahl von alten Menschen, die in Armut leben müssen, wird in den kommenden Jahren dramatisch ansteigen. Dieser Entwicklung stellt sich DIE LINKE mit aller Kraft entgegen. Sachsen braucht endlich eine engagierte, aktive Politik gegen Armut! Sachsen ist eines der Länder mit der höchsten Kinderarmut in Deutschland. Das ist beschämend. Kein Kind soll in Armut leben. DIE LINKE wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass für Kinder ein eigenständiger Regelsatz eingeführt wird, der den besonderen Bedürfnissen heranwachsender Kinder und Jugendlichen Rechnung trägt, insbesondere durch Berücksichtigung des Wachstumsbedarfs und des Bedarfs an Schulmaterial für gerechte Bildungsteilhabe. Das Ziel ist eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Als einen ersten Schritt wollen wir erreichen, dass das Kindergeld nicht auf Hartz IV angerechnet werden darf. Aber auch in Sachsen können wir einiges tun, um die Folgen von Kinderarmut zu bekämpfen. Die Einführung eines kostenlosen Mittagessens für

alle Kinder, der Lernmittelfreiheit und die schrittweise Einführung eines gebührenfreien Kita-Besuchs sind wichtige Schritte, um jedem Kind in Sachsen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten. Mit der Einführung regionaler Sozialtickets für den ÖPNV wollen wir auch Menschen mit geringem oder ohne Einkommen Mobilität, und damit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen.

2.3. Alternativen zu Hartz IV entwickeln

DIE LINKE bleibt dabei: Hartz IV muss weg. Wir wollen die Hartz-Gesetze mit einer bedarfsdeckenden und repressionsfreien sozialen Mindestsicherung überwinden. Denn sie haben nicht mehr Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gebracht, sondern zur Verarmung und Ausgrenzung geführt. Die buchstäblichen »Ein-Euro-Jobs« und die Konstruktion »Bedarfsgemeinschaft« mit all ihren Abhängigkeiten bedeuten darüber hinaus eine Demütigung von Langzeitarbeitslosen, insbesondere betroffenen Ehe- und Lebenspartnern sowie jungen Erwachsenen bis 25 Jahre. Sachsen muss gegenüber dem Bund größtmöglichen Druck zur Abschaffung der Hartz-Gesetze ausüben. Eine verlängerte Bezugsdauer von Arbeitslosengeld und eine deutliche Erhöhung der Regelsätze sind erste Schritte hin zu einer repressionsfreien, bedarfsdeckenden sozialen Mindestsicherung, die nicht vom Einkommen des Partners oder der Partnerin abhängt. Wir wollen außerdem eine deutliche Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher. Auf Landesebene wird DIE LINKE alles daran setzen, den vorhandenen Spielraum zur Verbesserung der Lebenssituation

von Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher zu nutzen. Mit der Festlegung der Minimalanforderung für den Wohnraum wollen wir Zwangsumzüge wann immer es geht vermeiden. Wir setzen uns für höhere Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft und für einen gerechten Soziallastenausgleich ein, damit Kommunen mit einem hohen Anteil von Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher nicht benachteiligt werden. Wir wollen eine entsprechende Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch durchsetzen. Wir wollen eine bessere Vermittlung von Langzeitarbeitslosen in offene Stellen. Die teilweise gravierenden Personalnotstände in ARGEn und Optionskommunen gehen zu Lasten der Erwerbslosen und müssen daher abgebaut werden. Wir wollen, dass Betroffene in den ARGEn nicht gegängelt, sondern kostenlos und umfangreich beraten werden. Wir setzen uns für einen besseren Datenschutz für Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher ein. DIE LINKE leistet entschieden Widerstand gegen die Einschränkungen der Prozesskostenhilfe oder andere Versuche, die Rechte von Erwerbslosen auf Beratung, faire Behandlung und einen Rechtsbeistand zu beschneiden.

2.4. Würdevolles Leben im Alter

Auch Seniorinnen und Senioren in Ostdeutschland sind zunehmend von Altersarmut betroffen. Schuld daran ist die Rentenpolitik, welche die Brüche in den Erwerbsbiografien nach der Wende nicht berücksichtigt. Rentnerinnen und Rentner haben ein Recht darauf, in finanzieller Sicherheit zu leben. DIE LINKE streitet daher für Rentengerechtigkeit. Wir setzen uns für die Angleichung der Rentenwerte

Ost an West bis zum Jahr 2012 und die Erhöhung der Rentenversicherung für Hartz-IV-Bezieherinnen und Bezieher sowie für die Rücknahme des Renteneintrittsalters 67 auf Bundesebene ein. Wir wollen Rentengerechtigkeit für Frauen unter anderem durch Anrechnung von Betreuungszeiten sowie eine finanzielle Gleichstellung der Frauen, die nach DDR-Recht geschieden wurden, herstellen.

Die Potentiale älterer Menschen werden immer noch unterschätzt. Seniorinnen und Senioren wollen sich aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen. DIE LINKE unterstützt einen gewandelten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer Menschen, sich in der Gesellschaft als vollwertige Mitglieder einzubringen und ihre Erfahrungen weiter zu geben. Altersdiskriminierung lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. Mit einem Seniorenmitwirkungsgesetz wollen wir die Beteiligung älterer Menschen gesetzlich verankern und ihnen z. B. durch Seniorenbeiräte mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben. Der Bedarf in der Altenpflege wird weiter steigen. Wir setzen dabei auf die Förderung generationsübergreifender Wohnprojekte und einen Ausbau des betreuten Wohnens mit gesundheits- und pflegespezifischer Infrastruktur, die ein selbstbestimmtes Leben auch im hohen Alter ermöglicht. Insbesondere ältere Menschen leisten mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement einen wichtigen Beitrag für unser Gemeinwesen. Dies verdient auch die finanzielle Unterstützung des Landes.

2.5. Kinder- und Jugendhilfe stärken

Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Deshalb wollen wir Sachsen

zu einem kinder- und jugendfreundlichen Land machen. Viele Kindereinrichtungen und Jugendclubs wurden in den vergangenen Jahren geschlossen. Das Angebot für Kinder und Jugendliche gerade im ländlichen Raum ist ausgedünnt. Kinder und Jugendliche haben in vielen Orten keinen Anlaufpunkt mehr, um sich zu treffen und auszutauschen. Dies ist keine Einladung, in ländlichen Räumen zu bleiben. Deshalb muss die Kinder- und Jugendhilfe endlich wieder auf eine sichere finanzielle Grundlage gestellt werden. Die Jugendpauschale des Landes an die Kommunen muss erhöht werden, um die Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe einschließlich einer ausreichenden personellen Besetzung durch pädagogische Fachkräfte auf kommunaler Ebene vor allem vor dem Hintergrund abnehmender Kinderzahlen zu erhalten. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfe ist auch Voraussetzung dafür, dass Jugendarbeit kontinuierlich und qualitativ hochwertig über mehrjährige Verträge sichergestellt werden kann. Soziokulturelle und demokratisch orientierte Jugendzentren wollen wir in allen Landkreisen wohnortnah erhalten oder schaffen. Angebote für Kinder und Jugendliche sollten nach Möglichkeit immer gebührenfrei sein. Kinder und Jugendliche haben Rechte. Wir wollen sie stärken. Ob zu Hause, in der Schule, im Ausbildungsbetrieb oder in der Kommune: Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen beteiligt werden und die Erfahrung machen können, dass sie ihre Welt und ihren Alltag mitgestalten können. Lebendige Demokratie muss von Anfang an erlebbar sein und von Kindesbeinen an gelernt werden. Deshalb wollen wir

die Rechte von Kindern und Jugendlichen ausweiten und in einem umfassenden Jugendmitbestimmungsgesetz verankern. Darüber hinaus wollen wir Jugendparlamente einrichten, die in kinder- und jugendrelevanten Fragen mitentscheiden sollen.

2.6. Flächendeckende Gesundheitsversorgung sicherstellen

Eine flächendeckende, qualitativ hochwertige und öffentliche gesundheitliche Versorgung ist unser Ziel. Der Ärztemangel stellt schon heute für viele Menschen ein großes Problem dar. Lange Fahrtzeiten zum nächsten Arzt gehören in ländlichen Regionen bereits zur Normalität. Mit der Pensionierung von Ärztinnen und Ärzten auf dem Land wird sich dieses Problem weiter verschärfen. Selbst in Großstädten sind monatelange Wartezeiten bei Fachärzten keine Seltenheit. DIE LINKE will eine qualitativ hohe ärztliche Versorgung flächendeckend sicherstellen. Medizinische Versorgungszentren (Polikliniken) als Zusammenschluss verschiedener Fachärzte sind ein wichtiges Instrument, um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum mit abzudecken. Außerdem setzen wir uns für den langfristigen Aufbau eines mobilen Hausarztendienstes ein. Damit kann auch eine bessere Verzahnung von ambulanter und stationärer Versorgung sichergestellt werden. Gut ausgebildete Gemeindeschwestern und Gemeindekrankenpfleger sind wichtig, um die Versorgung von Patientinnen und Patienten sicherzustellen. Sachsen bleibt hier weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir wollen angehenden Medizinerinnen und Mediziner durch Stipendien und Darlehen die Übernahme einer Praxis attraktiv machen. Auch die Stärkung

des Öffentlichen Gesundheitsdienstes kann einen Beitrag zur Sicherstellung qualitativ hochwertiger ärztlicher Versorgung leisten. Mit einer neuen gesetzlichen Grundlage können wir hier auch den zukünftigen Anforderungen an den gesundheitlichen Verbraucherschutz gerecht werden. Die letzten Gesundheitsreformen haben zur Verschlechterung für Patientinnen und Patienten geführt. Gerade in Sachsen bedeutet dies höhere Kassenbeiträge für die meisten Menschen. Eine Gesundheitsreform, die ihren Namen verdient, steht auf Bundesebene noch aus. Die Abschaffung der Praxisgebühr und die Stärkung von Prävention sind wichtige Schritte. Ebenso die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheits- und Pflegebereich, in die auch Besserverdienende und Beamte einzahlen müssen und alle Einkommensarten berücksichtigt werden. Es bleibt langfristig unser Ziel, eine Einheitskasse zu schaffen und die Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen, um das bestehende Zwei-Klassen-System im Gesundheitsbereich zu überwinden. In einem Landespflegegesetz wollen wir eine Bedarfsplanung des Landes und die Einrichtung von unabhängigen Pflegestützpunkten durchsetzen. Eine bessere Bezahlung des Pflegepersonals und ein größerer Einsatz von Fachkräften in diesem Bereich gehören genauso dazu wie regelmäßige und unabhängige Kontrollen der Pflegeeinrichtungen.

2.7. Gleichstellung ermöglichen

Gleiche Teilhabemöglichkeiten und eine echte Gleichstellung aller Menschen sind in Sachsen nicht verwirklicht. Die sächsische Politik unter der Ägide der CDU hat viel zu

wenig dafür getan, die anhaltende Diskriminierung von älteren Menschen, Menschen mit Beeinträchtigung, Lesben und Schwulen, Menschen mit Migrationshintergrund und anderer diskriminierter Gruppen zu bekämpfen. Das Land ist in der Pflicht, mit einer aktiven Förder- und Antidiskriminierungspolitik dafür zu sorgen, dass alle Menschen das gleiche Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben. DIE LINKE. Sachsen fordert die Mit- und Selbstbestimmung der sorbischen Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten, so wie es europäischer Standard geworden ist. Es muss in Zukunft gewährleistet werden, dass weder in der Politik noch durch die Wirtschaft etwas gegen die erklärten Lebensinteressen der sorbischen Bevölkerung unternommen wird. Von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter sind wir noch immer weit entfernt. Frauen verdienen auch in Sachsen weniger als Männer, sie sind nach wie vor völlig unterrepräsentiert in den Führungsetagen von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Bei allen Fortschritten bei der Emanzipation von Frauen, hat sich ihre soziale Situation eher verschlechtert. Bereits erlangte Fortschritte – etwa der hohe Anteil von Frauen in technischen Berufen – wurden durch konservative Politik zunichte gemacht. Zu moderner Gleichstellungspolitik gehört es, die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern mit der Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Familienangehörigen zu unterstützen. Mit einem modernen Gleichstellungsgesetz wollen wir den öffentlichen Dienst in Sachsen in die Vorreiterrolle bringen, die Gleichstellung der

Geschlechter aktiv zu befördern. DIE LINKE verfolgt das Ziel, dass Professuren und Leitungsfunktionen in öffentlichen Unternehmen zur Hälfte von Frauen besetzt werden. Viele Möglichkeiten, häusliche Gewalt zu begrenzen, bleiben vertan: Durch eine bessere Prävention und eine schnellere Intervention wäre manches getan. Wir wollen die Finanzierung von Frauenschutzhäusern in jedem Landkreis, von Interventionsstellen und Täterberatungen sowie der Einrichtungen zur Bekämpfung von Menschenhandel und Grenzprostitution sicherstellen. Den Opfern und Betroffenen von häuslicher Gewalt müssen flächendeckend Unterstützungsangebote zur Verfügung stehen. Sachsen sollte ein Kompetenzzentrum für Geschlechterpolitik einrichten, um z. B. Unternehmen, Kommunen und Verwaltungen in Gleichstellungsfragen zu beraten.

2.8. Vielfalt statt Diskriminierungen

Minderheiten und marginalisierte Gruppen müssen nicht nur vor Diskriminierung geschützt, sondern bei der Vertretung ihrer Rechte und in ihrer Beteiligung am gesellschaftlichen Leben unterstützt werden. Sachsen braucht endlich ein Antidiskriminierungsgesetz, in dem auch ein Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände festgeschrieben wird. Zudem sollte der Freistaat Sachsen eine Vorreiterrolle bei der Aufnahme von Flüchtlingen übernehmen, die wegen ihres Geschlechtes oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Auch eine gute finanzielle und organisatorische Unterstützung der Selbstorganisation, insbesondere von Frauen, Seniorinnen und Senioren, Lesben und Schwulen, Sorbinnen und

Sorben, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Beeinträchtigung stärken ihre Rechte. Barrierefreiheit muss Leitmotiv einer linken Antidiskriminierungspolitik sein. Sie muss in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere bei Bau- und Verkehrsvorhaben berücksichtigt werden. Die barrierefreie Gestaltung des ÖPNV, von Webseiten, der sicheren Finanzierung der Behindertenverbände und ein Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Beeinträchtigung sind wesentliche Instrumente. Eingetragene Lebenspartnerschaften müssen endlich mit der Ehe gleichgestellt und konsequent ins Landesrecht übernommen werden. Die Diskriminierung von Lesben und Schwulen muss bekämpft werden, z. B. durch mehr Aufklärungsarbeit an Schulen. DIE LINKE will nicht nur eine bessere Versorgung sozial Benachteiligter sicherstellen. Wir fordern eine Stärkung ihrer sozialen Rechte. Betroffene müssen endlich zu Beteiligten werden. Die Stärkung der Rechte von Patientinnen und Patienten sowie von pflegebedürftigen Menschen sind dazu ganz wichtige Schritte, die auch gesetzlich verankert werden müssen. Eine verbesserte Heimaufsicht mit unabhängigen Qualitätskontrollen von Pflegeheimen gehört unbedingt dazu. DIE LINKE steht für ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und für eine gezielte Integration der Zugewanderten. Sachsen ist historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz wollen wir gegen faschistische, nazistische und rassistische Tendenzen verteidigen. Wir treten für eine dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von

Asylbewerberinnen und Asylbewerbern ein. Das Chipkartensystem wollen wir durch Bargeldversorgung ersetzen. Die Residenzpflicht im Landkreis lehnen wir ab. Wir setzen uns für einen besseren Datenschutz für Migrantinnen und Migranten ein. Sachsen braucht ein umfassendes Integrationskonzept, das Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht und erleichtert. Ein kostenloses und ausreichendes Angebot von Deutschkursen, auch für berufstätige Migrantinnen und Migranten ist dafür unverzichtbar, ebenso wie eine gezielte Integration an Kitas und Schulen, auch für die Kinder von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern.

2.9. Familienfreundliches Sachsen

Sachsen braucht endlich eine moderne Familienpolitik. Zu lange hat die CDU konservative Wertvorstellungen zum Leitbild erhoben, welche an der Lebensrealität der Menschen und an ihren Problemen vorbei gingen. Eine linke Familienpolitik eröffnet jedem Kind die gleichen Entfaltungsmöglichkeiten. Sie orientiert sich am Leitbild berufstätiger Eltern und der geteilten Erziehungsverantwortung. Wir wollen, dass Männer mehr Erziehungsverantwortung übernehmen. Wir erkennen die Gleichwertigkeit aller Lebensentwürfe und Familienformen an und bewerten keine/n davon als besser oder schlechter. DIE LINKE orientiert sich an den realen Problemlagen von Kindern und ihren Eltern. Wir wollen ein familienfreundliches Sachsen. Insbesondere viele Alleinerziehende und viele kinderreiche Familien leben in Armut. Sie müssen besser unterstützt werden: Finanziell und durch Hilfe in ihrer Alltagsorganisation.

Eine Initiative für familienfreundliche Arbeitszeiten, für mehr Familienfreundlichkeit in den Betrieben bzw. längere und flexible Öffnungszeiten von Kitas, die auch Eltern mit ungewöhnlichen Arbeitszeiten eine Betreuung ihrer Kinder ermöglichen, wären wichtige Schritte, um Eltern zu unterstützen. Das Elterngeld in seiner bisherigen Ausgestaltung hilft Geringverdienern und Erwerbslosen leider nicht weiter. Wir fordern daher die Anhebung des Sockelbetrages beim Elterngeld, damit auch Menschen mit niedrigem Einkommen etwas davon haben. Auch das Landeserziehungsgeld muss umgestaltet werden. Es darf nicht länger die Berufstätigkeit von Müttern ausschließen. Wir wollen den Rechtsanspruch auf den ganztägigen Besuch einer Kindertagesstätte für jedes Kind endlich durchsetzen. Die Sachsen können stolz darauf sein, dass das aus der DDR übernommene gute Netz an Kitas gegen alle Versuche der Konservativen verteidigt wurde, das öffentliche Kitasystem zu demontieren. Trotzdem ist die Betreuungsquote für Krippenkinder heute niedriger als in anderen ostdeutschen Ländern. Insbesondere in den Großstädten reicht das Angebot an Krippenplätzen nicht aus. Wir wollen den durch Zugangskriterien verursachten vollständigen oder teilweisen Ausschluss von Kindern aus Kitas beenden und eine wohnortnahe Versorgung mit Kindertagesstätten sicherstellen. Außerdem müssen Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen schrittweise gebührenfrei werden. Deshalb muss das Land Sachsen sich stärker an der Finanzierung von Kitas beteiligen. Nur dadurch kann auch der Investitionsstau im Kita-Bereich gestoppt werden.

2.10. Soziale Daseinsvorsorge sicherstellen

Sachsen ist trauriger Vorreiter bei der Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen wurden massiv in private Trägerschaft überführt. Die Finanznot der Kommunen oder eine angeblich bessere Effektivität in der Arbeitsorganisation waren und sind mancherorts noch immer die Argumente. DIE LINKE wendet sich gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge im Gesundheits- und Sozialwesen, beim ÖPNV, in der Bildung, bei der Abwasserentsorgung und der Wasser- und Energieversorgung. Öffentliche Aufgaben müssen von öffentlicher Hand geführt werden! Kommunen oder freie Träger kommen dafür in Frage. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass sich Private rentable Sahnestückchen herauschneiden, während die öffentliche Hand auf den Aufgaben sitzen bleibt, die zur Versorgung dringend nötig sind, aber keinen Profit abwerfen. Deshalb wollen wir insbesondere Krankenhäuser in öffentlicher Hand belassen und durch eine bessere Finanzierung der Häuser für ihre ökonomische Stabilität sorgen. PPP-Projekte, also Publik-Private-Partnership (Öffentlich Private Partnerschaften) lehnen wir ab. Öffentliche Daseinsvorsorge heißt für uns auch, die Feuerwehren und Rettungsdienste so zu stärken und auszubauen, dass sie ihrer Aufgabenerfüllung im ganzen Land nachkommen können. Parallel dazu müssen das Ehrenamt und die Nachwuchsarbeit in diesen Bereichen stärker gewürdigt, z. B. durch Aufwandsentschädigung und Ehrenamtsgeld ausgebaut und neben der Ausübung eines Berufes ermöglicht werden.

DIE LINKE. Sachsen wird alles daran setzen, auch kommunale Wohnungsgesellschaften zu unterstützen, um die weitere Privatisierung von Wohnungen zu verhindern.
DIE LINKE. Sachsen will eine sichere

Finanzierung der Sozialverbände, von Vereinen und sozialen Initiativen, wie z. B. den Tafeln. Diese leisten eine wichtige Arbeit für die sozial Schwachen in unserer Gesellschaft.

3. Bildung und Kultur für alle und überall

3.1. In Bildung, Wissenschaft, Kultur investieren

Bildung ist für uns der ganzheitlich orientierte Erwerb von Werten, Wissen und Fähigkeiten und nicht am Markt ausgerichtete Wissensvermittlung. Deshalb sind trotz aller Fortschritte und Erfolge wie dem erfolgreichen Abschneiden Sachsens bei bundesweiten Schultests, weitere gezielte Veränderungen in der sächsischen Bildungspolitik notwendig. Noch zu viele Kinder und Jugendliche bleiben außen vor. Wir wollen jedes Kind mit seinen Begabungen in den Mittelpunkt stellen und individuelle Förderung und eigenständige Entwicklungen ermöglichen. Verstärkte Investitionen in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Forschung halten wir für unerlässlich. Einer weiteren Kommerzialisierung und Privatisierung der sächsischen Bildungslandschaft werden wir entgegenwirken.

3.2. Bildung ist keine Ware, sondern Persönlichkeitsentwicklung

Bildung beginnt für uns mit der Geburt und mündet nach Schule, Ausbildung und Hochschule in der Möglichkeit lebenslangen Lernens. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, setzen wir uns für gerechte Teilhabemöglichkeiten und einen in jeder Hinsicht barrierefreien Zugang zu Bildung und kulturellem Austausch ein. Bildungsangebote müssen ein freies, selbstbestimmtes Lernen und individuelle Bildungsbiografien ermöglichen. Reformen im vorschulischen und schulischen sowie im Hochschul- und Erwachsenenbildungsbereich müssen miteinander vernetzt werden.

3.3. Teilhabe an Bildung von Anfang an

Um allen Kindern in Sachsen gleiche Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten zu gewähren, setzen wir uns für einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz in einer wohnortnahen Krippe oder Kindertagesstätte ab dem ersten Lebensjahr ein. Damit wollen wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben oder Ausbildung fördern. Für uns sind die Verbesserungen des Betreuungsschlüssels, der Rechtsanspruch auf Betreuung, das kostenfreie Mittagessen und die schrittweise Gebührenfreiheit über das kostenfreie Vorschuljahr hinaus grundlegende Voraussetzung für die gerechte Teilhabe an vorschulischer Bildung. Für eine hochwertige Elementarpädagogik und die Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes halten wir mehrere Faktoren für unerlässlich: die Senkung des Betreuungsschlüssels im Sächsischen Kita-Gesetz, die finanzielle Stärkung der Städte und Gemeinden mit Mitteln des Landeshaushaltes zur Beschäftigung von mehr Fachpersonal in sächsischen Kindertageseinrichtungen, die Aufwertung des Erzieherinnen- und Erzieherberufes durch die Einführung der Ausbildung als Studium an Sachsens Hochschulen und eine gerechtere Entlohnung als Pädagoginnen und Pädagogen.

3.4. Längeres gemeinsames Lernen

Wir wollen eine Schule für alle! Die Überwindung des mehrgliedrigen, sozial und kulturell auslesenden sächsischen Schulsystems bleibt eines unserer wichtigsten Ziele.

Die solidarisch und gesellschaftlich gerechte Förderung unterschiedlich begabter Schülerinnen und Schüler kann aus unserer Sicht nur auf dem Weg des längeren gemeinsamen Lernens bis zur Klassenstufe 10 gelingen. Deshalb streben wir die flächendeckende Einrichtung von Gemeinschaftsschulen an. Den Übergang zum Erwerb der Hochschulreife wollen wir mittels einer Differenzierung ab Klasse 9 gestalten, auch mit dem Ziel einer Erhöhung der Abiturquote.

3.5. Schulische Bildung verbessern

Die Qualität der schulischen Bildung wollen wir durch mehrere konkrete Maßnahmen verbessern: Um eine bessere individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler zu erreichen, müssen Klassen- und Kursteiler abgesenkt und damit Klassen und Kurse verkleinert werden. Damit verbunden wollen wir außerdem die erhöhte und unbefristete Neueinstellung von Lehrpersonal sowie die Aufhebung der »Zwangsteilzeitarbeit« für Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten, Voll- und Teilzeitbeschäftigung muss möglich sein. Außerdem wollen wir den Schulen ein Mitspracherecht bei der Auswahl des pädagogischen Personals erteilen. Die Schulkonferenz soll die oder den Schulleiterin oder Schulleiter wählen. Wir setzen uns für einen inneren demokratischen Aufbau der Schulen ein, vergleichbar dem Modell der selbstverwalteten Hochschulen.

Für sächsische Absolventinnen und Absolventen der Lehramtsstudiengänge wollen wir ausreichend Referendariatsplätze zur Verfügung stellen. Qualitativ hochwertige Bildung fängt bei der Ausbildung von Lehrerinnen

und Lehrern an, Fachwissen allein genügt nicht. Deshalb wollen wir die Lehramtsausbildung an sächsischen Hochschulen und die Weiterbildung qualifizieren. Nur mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern ist aus unserer Sicht ein sinnvoller Abbau der Ausfallstunden möglich. Die pädagogische Arbeit des Lehrpersonals soll darüber hinaus durch Stärkung der Schulsozialarbeit und die Beschäftigung von Schulpsychologen an allen Schulen ergänzt werden. Die »eine Schule für alle« ist eine demokratische Schule. Die Rechte von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern sollen gestärkt werden.

3.6. Wohnortnahe Gemeinschaftsschulen einrichten

Schulen sind für uns nicht nur Orte des Lernens, sondern auch soziale und kulturelle Einrichtungen und Orte der Identifikation in einem Gemeinwesen. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Sachsen für wohnortnahe Schulen, vor allem auch im ländlichen Raum, ein. Die Einzügigkeit von Schulen muss in Sachsen grundsätzlich möglich sein.

Langfristig werden wir auf die Einrichtung von Oberstufenzentren hinwirken, um angesichts der negativen demografischen Entwicklung eine Vielfalt an Abschlüssen auch im ländlichen Raum wohnortnah zu ermöglichen. Die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen verbunden mit der Regionalisierung der Schulnetzplanung durch die Landkreise und kreisfreien Städte sehen wir als Voraussetzung für den Erhalt eines flächendeckenden Schulnetzes. Schulschließungen sind für uns keine Lösung.

3.7. Kommunale Schulen mit pädagogischer Vielfalt

Wir wollen die kommunalen Schulen stärken und einer weiteren Kommerzialisierung der Bildung und damit erhöhter sozialer Auslese der Schülerinnen und Schüler entgegenwirken. Voraussetzung dafür ist aus unserer Sicht, dass die inhaltliche Vielfalt der Bildungskonzepte an kommunalen Schulen erhöht und reformpädagogische Ansätze verstärkt Aufnahme finden. Um den individuellen Lernfortschritten der Kinder und Jugendlichen Rechnung zu tragen, wollen wir dem Lernen ohne Stress und Leistungsdruck mehr Raum geben. Der individuelle Lernfortschritt muss auch Gegenstand der Bewertung sein. Insbesondere in musischen und künstlerischen Fächern sowie Sport wollen wir auf die Vergabe von Noten verzichten. Menschenfeindlichem, diskriminierendem Denken muss bereits in der Schule entgegenwirkt werden. DIE LINKE tritt für die Verankerung der entsprechenden Inhalte in den Lehrplänen aller Bildungsstufen ein. Auch in der LehrerInnenausbildung müssen diese als integraler Bestandteil aufgenommen werden. Trennung von Staat und Kirche in der schulischen Bildung heißt für uns, dass Ethik ein verbindliches, konfessionsloses und weltanschauliches Unterrichtspflichtfach ist. Die vorhandenen, bislang unzureichenden Ansätze an schulischen Ganztagsangeboten wollen wir zu Ganztagschulen entwickeln, insbesondere durch eine ernsthafte Umstrukturierung der Unterrichtszeiten und eine gezieltere Zusammenarbeit der Schulen mit öffentlichen und freien Bildungs- und Kulturträgern sowie Sportvereinen. Das beinhaltet auch höhere Stundenhonorare für die

freien Träger, als dies gegenwärtig Praxis ist. Werbe- bzw. Informationsveranstaltungen der Bundeswehr haben an Schulen in Sachsen keine Berechtigung. Dafür wollen wir, dass sich Feuerwehr und Katastrophenschutz präsentieren, um ihrerseits Nachwuchs für das in Kommunen wichtige Ehrenamt zu gewinnen.

3.8. Sorbische Schulen

Schule als Ort kultureller Identifikation bedeutet für uns auch, die Bildungsautonomie der sorbischen Bevölkerung zu stärken und die Pflege der sorbischen Sprache und Kultur an sächsischen Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und besonders zu fördern. Ein intaktes Netz sorbischer Schulen und Kitas ist dafür eine Grundvoraussetzung. Die Schließung sorbischer Mittelschulen ist bei entsprechend artikuliertem Bedarf der Sorben rückgängig zu machen. Der Schülertransport zu den sorbischen Schulen ist umfassend sicher zu stellen. Die Gefährdung der sorbischen Sprache muss durch ein umfangreiches, über den Vorschul- und Schulbereich hinausgehendes Programm des Freistaates Sachsen gestoppt werden.

3.9. Kostenfreiheit für Schülerinnen- und Schülerbeförderung und Lernmittel

Bildung ist eine Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe, deshalb müssen aus unserer Sicht alle Lernmittel, wie z. B. Arbeitshefte und Taschenrechner wirklich kostenfrei sein und Familien dürfen nicht mit Zusatzausgaben belastet werden. Wir treten langfristig für ein kostenloses ÖPNV-Ticket für alle Schülerinnen und Schüler und in einem ersten Schritt für die Abschaffung der Elternbeiträge

zur Schülerbeförderung ein. Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien müssen die Teilnehmerbeiträge für Klassenfahrten, Werkstattwochen und Sprachreisen im Rahmen des Schulunterrichts vollständig finanziert werden.

3.10. Außerschulische Jugendbildung stärken

Außerschulische Bildung für Kinder und Jugendliche, das heißt außerhalb des schulischen Lehrplanes, soll in Zukunft einen größeren Stellenwert erhalten. Deshalb müssen freie Träger der Jugendhilfe, in der Kultur, im Sport wie auch die Jugendfeuerwehren, die Kinder- und Jugendarbeit leisten, besondere Unterstützung erfahren. Wir treten für die existenzielle Sicherung und eine Mehrjahresförderung der landesweiten Jugendverbände sowie der Kreis- und Stadtjugendringe ein. Besonders wollen wir die Internationale Jugendbegegnung sowie Projekte der Gewalt- und Rechtsextremismus-Prävention fördern.

3.11. Berufliche Bildung für alle und vor Ort

Der berufliche Anschluss an den Abschluss der Schule muss für alle Jugendlichen gewährleistet sein, deshalb tritt DIE LINKE. Sachsen für öffentlich gesicherte Ausbildungsplätze für alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger ein, die eine Ausbildung beginnen wollen. Damit ist aus unserer Sicht eine Erhöhung der Ausbildungsplätze in öffentlichen Einrichtungen, der Ausbau der Berufsschulzentren und öffentlicher Ausbildungsträger verbunden, um der Kommerzialisierung der beruflichen Bildung entgegenzuwirken, die Familienbudgets zusätzlich belastet.

Der Erhalt und die Verbesserung des dualen Berufsausbildungssystems sind für uns unerlässlich. Darüber hinaus muss eine Berufsausbildung mit Abitur wieder möglich sein und der Übergang von Berufsausbildung zum Studium vereinfacht werden. Berufswahl und Berufsausbildung können aus unserer Sicht nur erfolgreich sein, wenn ihnen bereits zu Schulzeiten eine differenzierte staatlich organisierte Berufs- und Studienberatung vorangeht. Wir wollen diese zum Beispiel durch eine gezielte Berufsorientierung ab Klasse 7 und durch Praxistage stärken.

3.12. Lebenslanges Lernen unterstützen

Lebenslanges Lernen bedarf heute und in Zukunft einer besonderen Förderung. Diesem Bedarf will DIE LINKE. Sachsen unter anderem mit einer existenziellen und flächendeckenden Sicherung der Volkshochschulen und des zweiten Bildungsweges, mit der gesetzlichen Verankerung von fünf bezahlten Bildungstagen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Sachsen sowie mit einer Modularisierung der beruflichen Weiterbildung zu berufsqualifizierenden Abschlüssen gerecht werden. Außerdem werden wir uns für einen Anspruch auf Bildungstage für die politische und kulturelle Bildung einsetzen.

3.13. Gebührenfreies Studieren in Sachsen

Studieren in Sachsen soll aus unserer Sicht attraktiver für alle Bevölkerungsgruppen und damit die Bildungsbeteiligung ausgeweitet werden. Wesentliche Elemente des Bologna-Prozesses an Sachsens Hochschulen betrachten wir kritisch und werden

darauf hinwirken, dass das Studieren ein Leben lang ohne Zugangsbeschränkung für alle Studierenden möglich wird. Studieren muss wieder gebührenfrei werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Benutzung von Hochschuleinrichtungen kostenfrei wird sowie Studiengebühren für Zweitstudium und weiterbildende Studienangebote abgeschafft werden. Auch an den Hochschulen treten wir für eine Lernmittelfreiheit ein. Neben den Schulabgängerinnen und Schulabgängern sollen die Hochschulen insbesondere auch Berufstätigen und Eltern im Rahmen beruflicher Weiterbildung offen stehen. Eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung wollen wir durch eine Erleichterung des Hochschulzugangs ohne Abitur erreichen, z. B. für Menschen mit mehrjähriger Berufserfahrung, mit einem Meisterabschluss und Menschen ohne formelle Studienberechtigung. Damit wollen wir langfristig dem Anspruch an eine breite Hochschulbildung gerecht werden. Sachsens Hochschulen sollen attraktiver für Studienanfängerinnen und Studienanfänger aus anderen Bundesländern und aller Welt sein. Der Abbruch eines Studiums darf aus unserer Sicht nicht negativ sanktioniert, sondern sollte durch eine differenzierte Studienberatung in Schule und Hochschule, einen gezielten Betreuungsausbau an den Hochschulen mittels Tutorien sowie die Einführung von Orientierungssemestern vermieden werden. Zudem wollen wir die Vereinbarkeit von Studium mit Familie und Beruf stärken, z. B. durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder studierender Eltern. Nur mit den Studierenden gemeinsam und nicht gegen sie lässt sich die Zahl der Studienabbrecherinnen und Studien-

abbrecher verringern. Gemeinsam mit Studierenden heißt auch, im Interesse für die Studierenden. Im Sinne einer verbesserten Lehre wollen wir deshalb auch die verpflichtende Erwachsenenpädagogische und Hochschuldidaktische Weiterbildung für Dozentinnen und Dozenten einführen. Erfolgreiches Studieren bedarf einer guten sozialen Infrastruktur – angefangen von preiswertem Essen, über Sozial- und psychologischer Beratung bis hin zu günstigem Wohnraum. Auf Bundesebene wird sich DIE LINKE für ein existenzsicherndes und elternunabhängiges BaföG einsetzen.

3.14. Autonomie und Demokratie der Hochschulen stärken

Hochschulen müssen kritischer Reflektions- und Resonanzraum der Gesellschaft sein. Das funktioniert nicht innerhalb autoritärer Strukturen, sondern dazu braucht es wirklicher Mitgestaltungsmöglichkeiten für alle Hochschulmitglieder. Die sächsischen Hochschulen mit ihren vielfältigen Studiengängen betrachten wir als wichtige Räume für eine freie und kritische Wissenschaft und Lehre und setzen uns für deren Unabhängigkeit von Markt und Staat auch in Zukunft ein. Damit einhergehend wollen wir die Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen zu wissenschaftlich leistungsfähigen und weltoffenen Einrichtungen weiterentwickeln. Wir treten für ein landesweites Entwicklungskonzept ein, welches regional verteilte Kompetenzzentren für verschiedene Bereiche der Natur-, Ingenieurs- und Geisteswissenschaften auf- und ausbaut. Wir treten für eine Erweiterung der Hochschulautonomie bei gleichzeitiger Demokratisierung ein. Das heißt vor allem der Erhalt der sächsischen

Hochschulen als »Körperschaften öffentlichen Rechts«. Wir fordern den Rückzug der Staatsregierung aus der fachlichen Detailsteuerung und den Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und des wissenschaftlichen Mittelbaus sowie eine stärkere Selbstverwaltung der Hochschulen und Studentenwerke.

3.15. Sichere Arbeitsverhältnisse für wissenschaftlichen Nachwuchs

Um die Qualität des Studiums in Sachsen zu erhöhen, setzen wir uns für den gezielten Aufbau eines stabilen wissenschaftlichen Mittelbaus an den Fachhochschulen, die Stärkung des Mittelbaus an den Universitäten sowie für bessere Arbeitsbedingungen der Lehrbeauftragten aller Hochschulen in Bezug auf Bezahlung und Arbeitsverträge ein. Der akademische Mittelbau war in den letzten Jahren besonders stark vom Stellenabbau betroffen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen und umzukehren. Wir brauchen einen Wissenschaftstarifvertrag, in dem die Rechte studentischer und wissenschaftlicher Hilfskräfte und des akademischen Mittelbaus deutlich gestärkt werden.

Dozentinnen und Dozenten haben unter den aktuellen Bedingungen einen erhöhten Betreuungs- und Prüfungsaufwand und sind kaum noch in der Lage, zu forschen. Zum anderen ist die prekäre Situation vieler Dozentinnen und Dozenten nicht tragbar. Überholte beamtenrechtliche Personalkategorien gehören abgeschafft. Die Zahl der befristeten Stellen muss zugunsten unbefristeter reduziert werden. Durch eine verbindliche Quotierung von Stellen, ist eine schrittweise Erhöhung

des Frauenanteils in allen Personalkategorien mit dem Ziel der Parität anzustreben. Entsprechend europäischer Standards wollen wir bisherige pädagogische und therapeutische Ausbildungsberufe wie Erzieherin, Ergo- und Physiotherapeutin zu regulären Studiengängen an Fachhochschulen aufwerten.

3.16. Sportförderprogramm entwickeln: Breiten- und Leistungssport unterstützen

Sport betrachten wir als wichtiges und wesentliches Element der Freizeitbetätigung sowie Gesundheitsförderung aller Generationen. Sport ist ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens. Er ist eine Form der friedlichen Begegnung von Menschen verschiedener Kulturen und dient der Gesundheit und dem Wohlbefinden jeder und jedes Einzelnen. Wir wollen eine bessere Verzahnung von Breiten- und Leistungssport mit dem Ziel, dass die Werte des Breitensports sich im Leistungssport widerspiegeln. Die Dominanz der Wirtschaft gegenüber dem Sport lehnen wir ab. Sportvereine und Sportverbände müssen deshalb gestärkt werden, da sie einen Großteil der Nachwuchs- und ehrenamtlichen Arbeit leisten. Jugend- und Nachwuchsarbeit als sinnstiftende Freizeitgestaltung wollen wir besonders unterstützen, vor allem im Hinblick auf die Ausweitung von Ganztagsschulangeboten und die Stärkung einer demokratischen und friedlichen Fan-Kultur einschließlich sozialpädagogisch betreuter Fan-Projekte. Kinder und Jugendliche wollen wir von den Gebühren für öffentliche Sportstätten befreien.

DIE LINKE. Sachsen wird ein Sportfördergesetz mit der Verankerung des

Sports als kommunale Pflichtaufgabe vorschlagen, in dem auch die Höhe des jährlichen Zuschusses an den Landessportbund Sachsen verbindlich geregelt wird, um Planungssicherheit für den Sport zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir auch den vereinsungebundenen Sport fördern und die Teilhabe aller am Sport – unabhängig von Alter, Einkommen und Region – ermöglichen. Deshalb werden wir ein Sportförderprogramm entwickeln, das unter anderem eine Wiedernutzung der Sporthallen und Sportplätze geschlossener Schulen, den Erhalt öffentlicher Frei- und Schwimmbäder sowie die barrierefreie Sanierung lokaler und regionaler Sportstätten beinhalten wird. Um letztlich viele Sportarten zu fördern und ihnen eine Bühne für Wettkämpfe zu geben, sind moderne Multifunktions-Stadien unumgänglich. Dieses Programm bietet außerdem die Chance auf Arbeitsplätze im Öffentlichen Beschäftigungssektor. Schulsport soll aus unserer Sicht in erster Linie der Freude an Bewegung, der Entspannung und Gesundheits-erziehung dienen, deshalb muss er vom Leistungsdruck befreit werden. Um auch im Sportbereich besser auf die individuellen Stärken der Kinder eingehen zu können, stehen wir für eine bessere Umsetzung des offenen Lehrplans im Sportunterricht, der eine Bewertung nach individuellem Leistungsfortschritt zulässt.

Für die Durchführung eines regelmäßigen und fachlich abgesicherten Schulsports treten wir für die Einstellung von ausreichend Lehrpersonal ein. Ebenso muss das Schulschwimmen landesweit abgesichert werden und die Kosten für die Bustransfers zu den Schwimmhallen durch das Land Sachsen übernommen werden.

Für sportlich besonders begabte Kinder und Jugendliche wollen wir die Einrichtung und den Erhalt von Sportschulen fördern, um schulische Bildung und Leistungstraining in Einklang zu bringen. Olympia-Stützpunkte in Sachsen sollen eine besondere Unterstützung erfahren.

3.17. Sachsen als Kulturstaat

Sachsen ist eine bedeutende Kulturregion in Deutschland und Europa, deren vielfältigen Reichtum es nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen gilt. DIE LINKE vertritt das verfassungspolitische Konzept, das Land Sachsen als Kulturstaat auszugestalten und dabei die Teilhabe aller zu ermöglichen. Kultur auf kommunaler und regionaler Ebene erfüllt für uns eine Integrationsfunktion zur Selbstverwirklichung und Identifikation der Menschen, weshalb sie für uns mehr als ein Standortfaktor und Wirtschaftszweig ist und nicht ausschließlich den Zwängen des Marktes unterworfen werden darf.

3.18. Kulturelle Vielfalt erhalten

Als LINKE begreifen wir kulturelle Trägervielfalt als unverzichtbare Basis kulturellen Reichtums und engagieren uns gerade deshalb gegen einen Rückzug des Staates aus der Verantwortung für Kunst und Kultur. Kulturelle Vielfalt ist nur im Neben- und Miteinander von öffentlich getragenen, frei gemeinnützigen und privaten Kultureinrichtungen möglich. Diese Vielfalt über den europäischen Horizont hinaus zu erweitern, ist eines der Ziele der LINKEN in Sachsen. Kommunale und staatliche Kulturpolitik gewinnt in diesem Zusammenhang an Bedeutung. Sie hat die Aufgabe, auf das Beziehungsgeflecht zwischen öffentlich geförderten Kultureinrichtungen,

privaten Unternehmen und frei gemeinnützigen Trägern im Sinne einer kooperativen Kulturpolitik einzuwirken und Rahmenbedingungen für ein vielfältiges, auch dezentral vorhandenes Angebot zu schaffen.

3.19. Kulturelle Teilhabe ermöglichen

Die Vielfalt der Museen, Theater, Orchester, Ensembles, Gedenkstätten, Bibliotheken, Schlösser und Gärten, des Film- und Kinowesens und der Bildenden Künste, aber auch der soziokulturellen Einrichtungen und Projekte sowie der Musikschulen und Volkshochschulen gilt es flächendeckend im urbanen wie im ländlichen Raum zu erhalten und weiterzuentwickeln. Aus der Pflichtaufgabe der Kulturpflege durch Landkreise und Gemeinden ergibt sich für uns zugleich die sozialpolitische Verpflichtung einer angemessenen Preisgestaltung in den öffentlichen Kulturinstitutionen auch für Menschen mit geringem Einkommen wie Kinder und Jugendliche, Studierende, Langzeitarbeitslose sowie Seniorinnen und Senioren. Kultur und Kunst und musisch-kulturelle Bildung finden für uns nicht nur in städtischen Ballungszentren und an Touristenmagneten statt, sondern sollen auch im ländlichen Raum und für alle Generationen erreichbar sein. Eine professionelle künstlerische Ausbildung ist in Sachsen an mehreren Hochschulen für Musik, Theater, Tanz und Buchkunst möglich, weshalb diese in ihrer Vielfalt und Individualität erhalten werden müssen, um auch in Zukunft zur Weiterentwicklung der sächsischen Kulturlandschaft beitragen zu können.

Kulturelle Teilhabe wollen wir auch im Rundfunkbereich verwirklichen.

Deshalb betrachten wir die Entwicklung des digitalen Radios in Sachsen als Möglichkeit, zusätzliche Frequenzen für kleine Lokal- und Bürgersender, für freie Sender wie Radio Blau in Leipzig und coloRadio in Dresden sowie für die Nutzung durch ethnische Minderheiten bereit zu stellen. Damit wird der Medienbereich in Sachsen stärker demokratisiert. Gleichzeitig treten wir für den längerfristigen Erhalt der UKW-Frequenzen ein, um auch Bürgerinnen und Bürgern mit älteren Radiogeräten den Rundfunkempfang über das Jahr 2014 hinaus zu ermöglichen und werden deshalb auf eine Gesetzesänderung hinwirken. Radionutzung in Sachsen darf nicht vom Geldbeutel und den finanziellen Möglichkeiten zum Neukauf digitaler Empfangsgeräte abhängig sein. Verfügbare UKW-Frequenzen müssen auch weiterhin mindestens befristet bis 2014 an freie Radios vergeben werden.

3.20. Öffentliche Kultureinrichtungen stärken

Wir setzen uns für eine Dynamisierung des kulturellen Finanzrahmens sowohl im Kulturhaushalt des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst als auch in der Finanzierung der Kulturräume in den Landkreisen ein, um steigende Personal- und Sachkosten nicht zuungunsten der Qualität auf die Einrichtungen und Kulturschaffenden abzuwälzen und um ihnen langfristige Planungssicherheit geben zu können. Entsprechend des Haushaltes des Landes Sachsen wollen wir eine Mehrjahresförderung kultureller Einrichtungen erreichen. Wir befürworten die langfristig eigenständige Existenz der Theater in Görlitz, Zittau und Bautzen, Plauen-Zwickau sowie der Landesbühnen Sachsen in

Radebeul als Einrichtung des Landes Sachsen. Die Vernachlässigung der sächsischen Industriekultur muss beendet und der Zweckverband Sächsisches Industriemuseum durch eine existenzsichernde Grundfinanzierung endlich eine langfristige Bestandsgarantie erhalten.

3.21. Für sichere Arbeitsverhältnisse in Kultur und Medien

Der Grundsatz der Freiheit von Kunst und Kultur ist ein hohes Gut, entbindet den Freistaat Sachsen als Träger und Finanzier zahlreicher Einrichtungen in Kultur, Medien und Wissenschaft aus unserer Sicht jedoch nicht von der Verantwortung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden. Deshalb kritisieren wir die gängige Praxis, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es in Kultureinrichtungen, an Hochschulen oder beim öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunk, nur noch befristet oder als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, sogenannte »feste Freie« zu beschäftigen. Sowohl wissenschaftliche Forschung als auch kritischer Journalismus – insbesondere gegenüber der eigenen Landespolitik – als Bestandteil einer lebendigen Demokratie basieren auf soliden und sozial sicheren Arbeitsverhältnissen. Wir wollen, dass auch sogenannte »feste Freie« sozial abgesichert werden und streiten für mehr Mitsprache der Redakteure.

3.22. Kulturraumgesetz demokratisieren

Die Entfristung des Kulturraumgesetzes im Jahr 2008 war ein wichtiger Schritt zum dauerhaften und flächendeckenden Erhalt kultureller Infrastruktur in den Landkreisen, jedoch halten wir nun eine weitere Demokra-

tisierung der Kulturkonvente für notwendig. Die Wahl der Kulturbeiräte durch die Kreistage muss mit paritätischer Besetzung erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den Kulturbeirat und damit die Kultur- und Kunstschaffenden in den Landkreisen in ihrer demokratischen Mitwirkung stärken und den Kulturbeirat weitere Vertreterinnen und Vertreter in den Kulturkonvent entsenden lassen, dessen Mitglieder wiederum alle eine Stimmberechtigung erhalten müssen. Parallel zur Demokratisierung der Kulturräume muss in der neuen Legislaturperiode eine Kulturraumplanung erfolgen, die sowohl die Strukturen der im Jahr 2008 neu gebildeten Landkreise als auch die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte berücksichtigt.

3.23. Freie Kultur- und Kunstszene unterstützen

Neben den Kultur- und Kunsteinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft sehen wir eine identitätsstiftende Kulturszene und Kulturwirtschaft in Sachsen als einen Förderschwerpunkt unserer Kulturpolitik. Für Kunst- und Kulturschaffende in selbstständiger Existenz ist die Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse ein unverzichtbarer sozialversicherungsrechtlicher Schutz. Deshalb wird sich DIE LINKE auf Bundesebene für den Erhalt und die ausreichende Finanzierung der Künstlersozialkasse einsetzen. In Sachsen wollen wir insbesondere die existenzielle Situation der hier ansässigen Kultur- und Kunstschaffenden verbessern, zum Beispiel durch Stipendien, Räumlichkeiten und die Finanzierung von »Kunst im öffentlichen Raum«. Eine Vielzahl künstlerischer und kultureller Angebote und Einrichtungen

könnte ohne ehrenamtliches Engagement nicht existieren. Deshalb bedarf das Ehrenamt auch im Kulturbereich einer besonderen Anerkennung und Unterstützung.

3.24. Kulturell-künstlerischen Nachwuchs fördern

Die musisch-kulturelle Bildung aller Generationen wollen wir fördern, insbesondere jedoch bei Kindern und Jugendlichen durch eine Stärkung der Musikschulen und Volkshochschulen auf Kreisebene, durch die gezielte Förderung der Nachwuchsarbeit öffentlicher und freier Kulturträger und durch die bessere Vernetzung mit schulischen Ganztagsangeboten für alle Jahrgangsstufen. Das professionelle Erlernen eines Instrumentes und die Ausübung Darstellender und Bildender Kunst müssen wohnortnah und für alle Familien bezahlbar möglich sein. Für Jugendliche wollen wir das Freiwillige Kulturelle Jahr bedarfsgerecht fördern und ausbauen.

3.25. Sorbische Kultur fördern

Die Bewahrung und Förderung des sorbischen Kulturgutes ist für uns gleichbedeutend mit anderen kulturpolitischen Aufgaben, deshalb treten wir für eine bedarfsgerechte Finanzierung der »Stiftung für das sorbische Volk« und anderer sorbischer Organisationen ein. DIE LINKE sieht den Freistaat Sachsen in der Pflicht, die Institutionen und Projekte zum Erhalt, zur Pflege und zur Entwicklung der sorbischen Sprache und Kultur mit

jenen Mitteln auszustatten, die zur Wahrnehmung der notwendigen Aufgaben in allen kulturellen Bereichen notwendig sind. Eine Schließung sorbischer Kultureinrichtungen ist nicht hinnehmbar. Die »Stiftung für das sorbische Volk« ist daher durch den Bund sowie die Länder Sachsen und Brandenburg mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. DIE LINKE. Sachsen wird sich dafür einsetzen, dass das Finanzierungsabkommen unbefristet und mit dem notwendigen Inflationsausgleich abgeschlossen wird. Langfristig ist die Umstrukturierung von einer Zuwendungs- zu einer Kapitalstiftung einzuleiten. DIE LINKE. Sachsen wird im Landtag auf eine Novellierung des alten sächsischen Sorbengesetzes hinwirken.

3.26. Gedenkstättengesetz novellieren

In Sachsen dominiert seit vielen Jahren ein staatlich verordnetes Geschichtsbild in der offiziellen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, die bundesweit einmalig ist. 2004 erfolgte wegen der Gleichsetzung der NS-Menscheitsverbrechen mit dem nach 1945 begangenen Unrecht der Austritt der NS-Opferverbände aus den Strukturen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Wir werden uns wie bisher auch künftig für eine Novellierung des Gedenkstättengesetzes engagieren, um die Mitwirkung der NS-Opferverbände wieder zu ermöglichen.

4. Sicher leben – Freiheit schützen

4.1. Sicherheit und Schutz der Bürgerinnen- und Bürgerrechte

DIE LINKE setzt sich nachdrücklich für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität, Gewalt, Machtmissbrauch und anderen rücksichtslosen Verhaltensweisen ein. Ausdrückliches Ziel linker Politik in Sachsen ist es, dass jeder und jedem die Teilhabe am öffentlichen Leben im Gefühl persönlicher Sicherheit möglich ist. Dazu fordern wir bessere Rahmenbedingungen für ein bürgernahes und verlässliches Funktionieren der Arbeit der Polizei, der Strafverfolgungsbehörden und der Rechtspflege generell. Die Stellenabbaupläne in Polizei und Justiz wollen wir rückgängig machen, mit dem Ziel, die Präsenz von Polizei vor Ort und die Verfügbarkeit von Richtern, Staatsanwälten und sonstigem Justizpersonal im konkreten Prozess der Rechtspflege zu erhöhen. Die in der 4. Wahlperiode des Sächsischen Landtags durchgeführten Polizeireformmaßnahmen und Strukturveränderungen haben sich überwiegend nachteilig auf Effektivität und Bürgernähe der Polizei ausgewirkt und bedürfen daher der Korrektur. Auch die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten ist für uns eine Voraussetzung dafür, dass Polizistinnen und Polizisten Bürgerinnen und Bürger in Uniform sind. Wir treten dafür ein, dass im Besonderen, auch im Bereich der Bereitschaftspolizei, das Prinzip der Deeskalation und Konfliktvermeidung sowie die Achtung vor zivilgesellschaftlichem Engagement als Grundsätze polizeilichen Handelns gelten und schon in der Ausbildung vermittelt werden.

4.2. Rechtsstaat erhalten

Gleichzeitig wenden wir uns gegen jede Form der »Law and Order«-Politik. Die den demokratischen Rechtsstaat gefährdende Tendenz, unter Berufung auf diffuse Terrorismusbedrohungen und notwendige Bekämpfung organisierter Kriminalität fortwährend Grund- und Freiheitsrechte der Bürger einzuschränken, werden wir weiterhin energisch bekämpfen. Gesetzesmaßnahmen bzw. -vorhaben, wie die Einführung des KFZ-Kennzeichen-Screening in Sachsen, die Umsetzung des BKA-Gesetzes mit seinen Eingriffen in das elementare Grundrecht auf Unverletzbarkeit der Wohnung durch Einführung des nun auch visuellen Großen Lauschangriffs, die damit einhergehende Vermischung von polizei- und nachrichtendienstlicher Arbeit sowie das fortwährende Unterlaufen des Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung u. a. durch die Online-Durchsuchung und extensive Maßnahmen der Kommunikationsüberwachung werden wir mit allen politischen und rechtlichen Mitteln angreifen. DIE LINKE verteidigt die Unverletzbarkeit des Wohnraums, den Schutz privater Daten, das Recht auf digitale Intimsphäre gegen Zugriffe wirtschaftlicher und staatlicher Institutionen. Wir wenden uns gegen Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum. Die Erhebung biometrischer Daten sowie Schleier- und Rasterfahndung ist für DIE LINKE ein ebenso unzulässiger Eingriff in die Rechte des Einzelnen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, also das Recht eines jeden Menschen, über Erhebung, Speicherung und Weiter-

gabe seiner Daten selbst zu entscheiden, ist für DIE LINKE zentral. Deshalb werden wir gemeinsam mit allen maßgeblichen Bürgerrechtsinitiativen eine landesweite Informationskampagne »Meine Daten gehören mir« initiieren. Dies schließt auch Initiativen zur Beseitigung von Überwachungstechnologien im öffentlichen Raum und eine wirksame Kontrolle der Erhebung und Weitergabe von Sozialdaten, des Datenschutzes generell, auch im privaten Bereich ein. Die Rechte des Souveräns, also der Bürgerinnen und Bürger des Landes, stehen für DIE LINKE auch in Sachsen an oberster Stelle. Daraus folgt für uns, dass die staatlichen Einrichtungen verpflichtet sind, ihr Handeln offen und nachvollziehbar zu gestalten. Deshalb wollen wir in der 5. Wahlperiode erneut für ein Akteneinsichtsrecht der Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und ein Informationsfreiheitsgesetz einbringen, um die Zugänglichkeit der Informationen über das Handeln von Behörden zu verbessern. Die für die Umsetzung von Gesetzen so wichtigen Durchführungsbestimmungen wollen wir besser öffentlich zugänglich machen. Wir halten am Ziel fest, Geheimdienste im Freistaat Sachsen abzuschaffen und werden versuchen, diesem Ziel mit Initiativen zur maximal möglichen Transparenz und intensiven parlamentarischen Kontrolle des sächsischen Verfassungsschutzes näher zu kommen. Dazu nutzen wir auch die Erkenntnisse aus der Tätigkeit des 2. Untersuchungsausschusses zur sächsischen Akten- und Korruptionsaffäre, ausgelöst durch die lange Zeit geheim gehaltenen Erkenntnissammlungen des sächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Der im Sommer 2007

durch das Parlament eingesetzte Untersuchungsausschuss konnte durch die Blockadehaltung von CDU und Staatsregierung nur einen Teil der ihm zugewiesenen Untersuchungsaufgaben bewältigen. Auch der Sächsische Verfassungsgerichtshof befand, dass ein evidentes Aufklärungsinteresse der Bevölkerung vorliegt. Deshalb sollte geprüft werden, den Untersuchungsausschuss in der nächsten Legislaturperiode erneut einzusetzen. DIE LINKE wird im neuen Landtag aktiv dafür eintreten, die Tendenz, dass für immer mehr Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens der Zugang zu Rechtsberatung und Rechtsschutz unerschwinglich ist, aufgehalten wird. Sein Recht zu bekommen, darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir fordern, dass der Freistaat Sachsen für die Wiedererlangung bzw. den Ausbau einer wirksamen Prozesskosten- und Beratungshilfe aktiv wird. Wir setzen uns dafür ein, dass ebenso die Beratungs- und Therapieangebote für Menschen mit Suchtmittelabhängigkeit jedweder Art erhöht und auch hier so Prävention vor repressiver Bestrafung rangiert. In diesem Sinne treten wir auch weiter für den Ausbau der Straffälligen- und Bewährungshilfe, vorsorgender Jugendhilfe und für einen konsequent am Prinzip der Resozialisierung orientierten modernen Straf-, im Besonderen Jugendstrafvollzug, ein. Das Vertrauen der Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens in eine tatsächlich unabhängige Justiz, in eine Rechtsprechung, die tatsächlich alle Bürgerinnen und Bürger gleich achtet und gleich behandelt, ist in den letzten Jahren erschüttert worden. DIE LINKE. Sachsen tritt deshalb dafür ein, die sächsische Justiz

schrittweise in einen Status der Selbstverwaltung zu überführen und ihr damit die Stellung zu verschaffen, die ihr in einer gewaltenteiligen demokratischen Gesellschaft tatsächlich zukommt.

4.3. Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung ermöglichen

DIE LINKE. Sachsen vertritt die Position, dass die realen Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen sowohl auf Landesebene als auch in den Kommunen der Maßstab für den Entwicklungsstand der Demokratie sind. Für uns besteht Teilhabe an der Politikgestaltung eben nicht darin, alle paar Jahre Kreuze auf Wahlscheinen machen zu dürfen. Da sich auch die Politikerinnen und Politiker selbst nicht nur mit Erfolgen brüsten können, sondern häufig genug Fehlentscheidungen oder Entscheidungen gegen die Interessen und Bedürfnisse der Einwohnerinnen und Einwohner dieses Landes gefällt wurden, kann eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger auch zu einer Qualitätsverbesserung der Politik führen. Die Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten betrifft nicht nur Bürger- und Volksbegehren. Deren Quoren, also die Zahl der Stimmberechtigten, die sich an einer Abstimmung beteiligen müssen, damit diese gültig ist, werden wir senken. Darüber hinaus wollen wir Bürger- und Volksbegehren bei zentralen politischen Aufgaben deutlich stärker zum Mittel der Entscheidungsfindung machen. Damit steht für die Politik auch die Aufgabe, ihre Vorstellungen und Ansätze öffentlich zu vertreten und zu diskutieren, um am Ende das überzeugendste und beste Angebot umzusetzen. DIE LINKE

will dafür sorgen, dass Parlamente und Behörden Wege aufzeigen, damit bürgerschaftliches Engagement erfolgreich sein kann. Insbesondere in den Städten, Gemeinden und Kreisen bestehen gute Möglichkeiten für eine verstärkte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Politik. Die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in den sächsischen Kommunen gerade bei der künftigen Gestaltung ihrer Kommunalhaushalte durch Aufstellung von Bürgerhaushalten ist für uns dabei von wesentlicher Bedeutung. Denn mit der Entscheidung über die künftige Verwendung der den Kommunen zur Verfügung stehenden Gelder werden grundlegende Entscheidungen für die künftige Kommunalpolitik vor Ort getroffen. DIE LINKE wird daher für eine regelmäßige Durchführung von Verfahren zur Aufstellung von Bürgerhaushalten eintreten und darauf drängen, dass das Land den Gemeinden, Städten und Landkreisen eine zur Erfüllung ihrer umfassenden kommunalen Aufgaben gerecht werdende, auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung stellt.

4.4. Kommunalpolitik stärken

Die Abschaffung der demokratisch unkontrollierten Landesdirektionen und die damit verbundene Verteilung der Aufgaben und Bediensteten auf die kommunale und Landesebene ist für uns eine notwendige Reparaturaufgabe der missglückten Kreisgebiets- und Verwaltungsreform. Die Stärkung der Rechte der Gemeinde- und Kreisräte unter anderem durch ein besseres, umfassendes Akteneinsichtsrecht steht für uns auf der Tagesordnung. Die sächsische Gemeindeverfassung ist in diesem Zusammenhang grundsätzlich zu

erneuern. Dazu gehört vor allem, die Arbeitsbedingungen für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu verbessern. Wir wollen, dass die Vorsitzenden der Kreistage und Gemeinderäte durch die jeweiligen Gremien gewählt werden. Damit soll eine Dezentralisierung von Entscheidungskompetenzen auf die kommunale Ebene verbunden sein, welche die Einflussnahmemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verstärkt. Für DIE LINKE ist die regelmäßige Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Strukturen als Partner von Parlament und Verwaltung bereits bei der Vorbereitung von Prozessen und Entscheidungen ein wichtiger Schritt hin zu einer auch qualitativ besseren Politik. Direkte Demokratie, Teilhabe und Transparenz können nur gemeinsam und eng aneinander gekoppelt entwickelt werden. Mit den neuen, allgemein zugänglichen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten bestehen neue Voraussetzungen für die sachkundige Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten. Risiken und Fehler bei der Lösungsfindung für kommunale Probleme lassen sich so minimieren, vorausgesetzt, dass die Kommunalvertretungen selbst ihre Arbeitsweise demokratisieren. Notwendig ist eine völlig neue Kultur des Verwaltungshandelns, die sich durch ein Höchstmaß an Transparenz und damit an Vertrauen zwischen der hauptamtlichen Verwaltung, den ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften und den Bürgerinnen und Bürgern auszeichnet.

4.5. Kommunalabgaben begrenzen

DIE LINKE wird sich auch weiterhin für die Begrenzung von Kommunalabgaben einsetzen und darauf achten,

dass die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei der Investitionsplanung ein tatsächliches Mitspracherecht haben. Gebühren und andere Abgaben müssen auf nachvollziehbarer Kalkulationsgrundlage berechnet werden und sozial verträglich sein. Sparsamer Ressourcenverbrauch darf nicht durch höhere Abgaben bestraft werden, sondern muss sich für die Verbraucher auch finanziell lohnen.

4.6. Mitwirkung erleichtern

Die verbindliche Einrichtung von Beiräten für die Probleme spezifischer Bevölkerungsgruppen, in denen diese selbst vertreten sind, ist eine auf der kommunalen Ebene zügig realisierbare Chance der Ermöglichung von Teilhabe an der Politikgestaltung. Insbesondere die Einrichtung, Förderung und Unterstützung von Jugendbeiräten und Jugend- bzw. Kinderparlamenten in den Städten und Gemeinden ist ein Anliegen der LINKEN in Sachsen. Zusammen mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, wenigstens in den Kommunen, können damit auch für die jüngere Generation die Möglichkeiten politischer Beteiligung verbessert werden. Eine lebendige politische Kultur bedarf natürlich entsprechender Kommunikationsmöglichkeiten. Daher ist die verstärkte Förderung lokaler und regionaler Bürgermedien, wie z. B. Bürgerradios und Stadtteilzeitungen ebenso notwendig, wie die umfassende Unterstützung antirassistischer, antifaschistischer und interkultureller Projekte. Eine lebendige demokratische Kultur auf allen Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, menschenverachtenden Denkweisen und Handlungen wirksamen Widerstand entgegzusetzen zu können.

4.7. Geschlechtergleichstellung – Aufgabe für alle öffentlichen Ebenen und Bereiche

Die Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Raum ist ein verfassungsrechtlicher Auftrag für Politik und Verwaltung, der bislang nur halbherzig umgesetzt wird. Es geht darum, die Geschlechterperspektive bei Planung, Durchführung, Überwachung und Auswertung aller politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. In besonderer Weise ist das im Bereich der Haushalts- und Förderpolitik notwendig, da von staatlich eingesetzten Mitteln Frauen bzw. Männer bislang äußerst unterschiedlich profitieren. Wir setzen uns deshalb für eine solche Haushaltsführung ein, die von einer Analyse der Teilhabe von Frauen und Männern im jeweiligen Haushaltsbereich ausgeht und sicherstellt, dass beiden Geschlechtern der gleiche Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln ermöglicht wird (Gender-Budgeting). In vielen Fällen haben Gesetze und Verordnungen unterschiedliche Auswirkungen auf die Geschlechter, deshalb sind im Vorfeld gleichstellungssensible Gesetzesfolgenabschätzungen erforderlich, um Benachteiligungen zu vermeiden.

Im Zuge der Kreisgebietsreform wurden die personellen und finanziellen Ressourcen für die kommunale Gleichstellungsarbeit, insbesondere in den Landkreisen und ehemals kreisfreien Städten erheblich eingeschränkt. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte bestellt werden, die bei Einstellungen, Beförderungen, aber auch in der politischen Entscheidungsfindung unmittelbar und gleichberechtigt

mitwirken. Mehr Frauen in Spitzenpositionen der Verwaltung und Politik bedeutet mehr Demokratie vor Ort. Gleichstellungspolitik ist ein Querschnittsthema, für das die Agierenden Sachwissen und Kompetenz benötigen. Um dies zu sichern, sollte Sachsen ein Kompetenzzentrum für Geschlechtergleichstellung einrichten, um z. B. Unternehmen, Einrichtungen sowie Verwaltungen aller Ebenen zu beraten, Fachkräfte zu schulen sowie geschlechtsdifferenzierte Daten zu sammeln und zur Verfügung zu stellen.

4.8. Weltoffenes und kulturvolles Sachsen

Sachsen ist seit Jahrhunderten ein Land bzw. eine Region, für die Einwanderung eine wichtige Grundlage für eine gute wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung war. Auch in der Gegenwart ist dies nicht anders. Ein Land, das sich abschottet und abriegelt, wird hoffnungslos in seiner Entwicklung zurückbleiben. Deshalb müssen wir uns darum bemühen, dass der im bundesdeutschen bzw. europäischen Vergleich weit unterdurchschnittliche Anteil von Menschen, die aus anderen Regionen dieser Welt zu uns kommen wollen, deutlich erhöht wird. Dies ist nicht nur mit Blick auf die demografischen Probleme eine wirtschaftliche und kulturelle Notwendigkeit, sondern auch jenseits dieser eine Bedingung dafür, dass Sachsen mit anderen Regionen Europas auf Augenhöhe stehen kann. Die intensive Einbindung von Migrantinnen und Migranten bei der Entwicklung von Integrationskonzepten ist dabei für DIE LINKE ebenso selbstverständlich, wie deren gleichberechtigte Einbeziehung in alle politischen Prozesse, sei es bei Wahlen oder durch die Bildung von

entsprechenden Beiräten für Parlamente und Verwaltungen auf allen Ebenen. Antidiskriminierungsprogramme sind auch in diesem Zusammenhang ein erster Schritt dahin, die bisher nur geringe Attraktivität Sachsens für die Einwanderer zu erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschränkungen für eine doppelte Staatsbürgerschaft aufgehoben werden und in Deutschland geborene Kinder von Migrantinnen und Migranten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.

4.9. Für eine lebendige Grenzregion mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik

Mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 liegt Sachsen nicht mehr an der EU-Außengrenze, sondern ist Teil einer größeren europäischen Region auf beiden Seiten der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Grenze. Für eine europäische Zusammenarbeit über beide Grenzen hinweg bleibt noch viel zu tun: eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik zur Herausbildung eines Wirtschaftsstandortes, die Schaffung eines Netzwerkes von Hochschul- und Forschungseinrichtungen, die Erarbeitung und Umsetzung eines grenzüberschreitenden Verkehrskonzepts wie von kleinteiligen Verkehrslösungen zwischen Grenzstädten oder die gemeinsame Erschließung der kulturellen und natürlichen Potenziale der Region. Ebenso sind die Anstrengungen für einen zwischen den Nachbarstaaten abgestimmten Natur- und Umweltschutz zu intensivieren, um den wertvollen natürlichen Lebensraum für heutige und nachfolgende Generationen zu bewahren. In gleicher

Weise setzen wir uns für ein von allen verantwortlichen Akteuren der Grenzregion gemeinsam getragenes Konzept für den Katastrophenschutz ein. Wir wollen endlich die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, dass Schülerinnen und Schüler beiderseits der Grenzen die Schulen im jeweiligen Nachbarland besuchen können. Wir unterstützen grenzüberschreitende kommunale Projekte nicht nur mit Absichtserklärungen, sondern werden diese Initiativen mit einer strukturellen Förderung ausstatten, die deren langfristigen Fortbestand garantiert. Wir wollen solche Projekte zu regionalen Institutionen mit eigenen Entscheidungskompetenzen entwickeln, mit denen die verschiedenen Akteure vernetzt und Programme gezielter genutzt werden. Eine solche Initiative würde sächsische Politik nicht nur europäischer machen, sondern der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen Zusammenarbeit einen eigenen sächsischen Akzent verleihen. Landtag und Staatsregierung müssen sich auf die ständig wachsenden Anforderungen einstellen, die sich aus der Verflechtung zwischen europäischer Politik und der Landes- und Kommunalpolitik in Sachsen ergeben. Im künftigen Wettbewerb der Regionen sind eine europapolitisch und europarechtlich hochqualifizierte Verwaltung und ein in jeder Hinsicht europafähiger Landtag von maßgeblicher Bedeutung.

4.10. Flughafen Leipzig/Halle zivil nutzen, statt militärisch missbrauchen

DIE LINKE betrachtet es als einen Verfassungsbruch, dass der im öffentlichen Eigentum befindliche Flughafen Leipzig/Halle seit 2006 von den USA und der NATO immer stärker

für Truppen- und Waffentransporte missbraucht wird und inzwischen ein Militärdrehkreuz von internationaler Bedeutung darstellt. Wirtschaftlichen Nutzen aus Völker- und Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern zu ziehen, ist nicht zu rechtfertigen. Wir treten strikt für eine ausschließlich zivile Nutzung des mit umfangreichen Steuergeldern ausgebauten Flughafens ein und werden weiterhin mit allen politischen Möglichkeiten die von Sachsen aus betriebene logistische Unterstützung der völkerrechtswidrigen Kriege im Irak und Afghanistan bekämpfen. Vielmehr muss die Ansiedlung von zivilen Fluggesellschaften zur Erweiterung des internationalen Flugroutenangebots ausgebaut werden.

4.11. Die extreme Rechte: Eine Gefahr für die Demokratie

Im Kampf für ein Leben in Menschenwürde für alle Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens setzt sich DIE LINKE konsequent gegen rechte Denkmuster wie Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Nationalismus und andere diskriminierende Einstellungen ein, egal, in welchem Zusammenhang sie auftreten. Menschenfeindliches Denken und Handeln existieren nicht ausschließlich im Jugendbereich, sondern sind in allen Altersgruppen und in allen gesellschaftlichen Bereichen anzutreffen. Dagegen anzugehen, ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch verschiedene Politikfelder zieht und nicht allein mit der Bekämpfung der NPD erledigt ist. Wir erachten die

gesamtgemeinschaftliche Ächtung der extremen Rechten als eine vordringliche Aufgabe. DIE LINKE wird weiter dagegen kämpfen, dass es rechten Gruppen und ihren oft gewalttätigen Anhängerinnen und Anhängern gelingt, neue Angstzonen zu errichten oder alte aufrechtzuerhalten, in denen es für viele Menschen quasi unmöglich ist, frei zu leben. In Sachsen müssen Fort- und Weiterbildungsangebote zur präventiven Arbeit gegen die extreme Rechte für die Bereiche Jugend- und Sozialarbeit, für Lehrerinnen und Lehrer, für die Verwaltung in den Kommunen sowie nicht zuletzt für Polizei und Justiz verstärkt werden. In all diesen Bereichen ist für qualifiziertes, ausreichendes und unbefristet beschäftigtes Personal zu sorgen. DIE LINKE. Sachsen wird alle antifaschistischen Projekte, Initiativen und Bündnisse unterstützen und das Programm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« dauerhaft fortführen. Die von der Staatsregierung vorgesehenen Maßnahmen zur Änderung des Versammlungsrechts im Sinne von Versammlungs- und Demonstrationsverboten, die für bestimmte Gedenktage und ortsbezogen zur vermeintlichen Begegnung auf demonstrative Aufmärsche von Neonazis gelten sollen, halten wir für kein probates Mittel. Vielmehr fordern wir eine Anwendungs- und Spruchpraxis zum Versammlungsrecht, die dessen Missbrauch durch Verbreiter neonazistischer Gedankenguts verhindert, in jedem Fall aber den zivilgesellschaftlichen Widerstand hiergegen zulässt und nicht repressiv unterdrückt.

5. Umwelt schützen und Energiewende einleiten

5.1. Sozial-ökologischer Umbau als Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft

Klimawandel und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen machen auch vor Sachsen nicht halt, im Gegenteil, insbesondere Ostsachsen wird in den nächsten Jahrzehnten deutlich von globaler Erwärmung und zunehmender Trockenheit betroffen sein. Deshalb stellt der sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft unsere größte politische Herausforderung dar. Denn soziale Sicherheit und ökologisches Wirtschaften werden in Zukunft untrennbar miteinander verknüpft sein. DIE LINKE. Sachsen bekennt sich darum zu einer Umkehr in der Verkehrspolitik, zur energiepolitischen Wende, zu Natur- und Tierschutz sowie zu einer sozial-ökologisch ausgerichteten Land- und Ernährungswirtschaft. Nachhaltigkeit verstehen wir als Prinzip unserer Politik, welches sich durch alle politischen Bereiche zieht. Eine grundlegende Aufgabe des sozial-ökologischen Umbaus der Wirtschaft ist die Entwicklung der traditionellen Abfallwirtschaft zu einer energieeffizienten Ressourcen- und Wertstoffwirtschaft in regionalen Kreisläufen. Als Schritte dahin müssen die Vernichtung von Ressourcen durch Verbrennung verhindert und illegales Verkippen von Abfällen unterbunden werden. Die Schaffung geschlossener Wirtschaftskreisläufe mit weitestgehender Wiederverwertung aller anfallenden Abfallprodukte ist vorrangig zu fördern. Insbesondere Klein- und Mittelständische Unterneh-

men der Recyclingwirtschaft sind hierbei zu stärken. Die energetische und stoffliche Verwertung biogener Abfälle im ausgewogenen Verhältnis, ist durch geeignete Maßnahmen zur Planungs- und Produktionssicherheit, z. B. langfristige Lieferverträge, zu unterstützen.

5.2. Verantwortungsbewusste Verkehrs- und Wirtschaftspolitik ist nachhaltig

Um den CO²-Ausstoß langfristig zu senken, ist vor allem ein Umdenken in der Verkehrspolitik notwendig. Deshalb geben wir der Förderung und dem Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs sowie dem Ziel der Verkehrsvermeidung, u. a. durch einen Ausbau vorhandener Verkehrswege statt dem Neubau von Straßen, in unserer Politik Vorrang. »Mobilität für alle« heißt für uns, die Nutzung von Eisenbahn und Fahrrad sowie Bus und Straßenbahn muss für alle attraktiv, barrierefrei und bezahlbar sein. Deshalb setzt sich DIE LINKE. Sachsen für einen integrierten Taktfahrplan in allen sächsischen Regionen, den barrierefreien Ausbau von Bahnhöfen und Umstiegs- punkten, Sozialtickets auf regionaler Ebene und eine Senkung der Fahrpreise ein. Darüber hinaus halten wir einen Ausbau des Radwegesystems sowie im Rahmen der Stadtentwicklung die Einrichtung von Umweltzonen zum Schutz vor Feinstaub und Lärm und eine ökologische Verkehrssteuerung des Individual- und Güterverkehrs durch Verkehrsleitsysteme und einen attraktiven Nahverkehr

für unerlässlich. DIE LINKE setzt sich für die Wiederbelebung der Inter-Regio-Züge ein, um wieder mehr Städte und Regionen in Sachsen an den Fernverkehr anzubinden. Verkehrspolitik ist für uns eng mit Umwelt- und Gesundheitspolitik verknüpft. Die Verkehrsverbünde in Sachsen will DIE LINKE in kommunaler Verfasstheit erhalten und auf Bundesebene werden wir uns weiterhin gegen einen Börsengang der Deutschen Bahn AG engagieren. Während Sachsen im 20. Jahrhundert bereits einmal das dichteste Eisenbahnnetz Deutschlands besaß, wollen wir dafür sorgen, dass wichtige Strecken im Fernverkehr wieder ausgebaut werden: Chemnitz benötigt als Großstadt ebenso eine ICE-Anbindung nach Berlin wie Dresden in eine ICE-Strecke zwischen Berlin und Prag eingebunden werden muss. Den schnellen Fernverkehr auf der Sachsen-Franken-Magistrale sowie von Dresden nach Görlitz und grenzüberschreitend bis Wroclaw wollen wir wiederbeleben. Eine ökologische Wende im Individualverkehr ist nur durch zeitlich attraktive und schnelle Verbindungen in ganz Sachsen zu erreichen. Dem Güterverkehr auf Landstraßen und Autobahnen wollen wir Einhalt gebieten, durch ein Umlenken auf die Schiene sowie durch eine Förderung der Binnenschifffahrt mit moderneren und angepassten Flussschiffen. Einen weiteren Ausbau von Flüssen wie der Elbe lehnen wir ab.

5.3. Nachhaltigen Energiemix für Sachsen entwickeln

Sachsen bezieht seine Energie aus der traditionellen Braunkohleverstromung einerseits und erneuerbarer Energie, wie z. B. Windkraft, Biomasse, Solarwirtschaft und

Geothermie andererseits. Das ist darauf zurückzuführen, dass die Nutzung erneuerbarer Energien in den letzten Jahren deutlich stärker geworden ist. Auf dem Weg zu einem modernen Energiemix müssen und werden die erneuerbaren Energien langfristig vorherrschend sein. Verbunden mit der Erschließung aller Effizienzsteigerungs- und Einsparpotenziale werden sie die künftige Stromversorgung sichern, schützen das Klima und schaffen zudem neue zukunftssichere Arbeitsplätze. Für diesen Vorrang der erneuerbaren Energien bedarf es entsprechender landesrechtlicher Regelungen. Zudem sind erneuerbare Energien aber nicht nur ein starkes Konjunkturprogramm, sondern garantieren durch ihre vorwiegend dezentrale Nutzung gleichfalls Bürger-nähe, regionale Wertschöpfung und fordern kommunale Initiativen heraus. Der beschleunigte Übergang zu erneuerbaren Energien wird es uns erleichtern, etwas zu vollziehen, was dringend geboten ist: den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Unsere Braunkohle-Vorkommen sind endlich, ihre Erschließung zerstört gewaltige Teile unseres Landes. Der Weg zum künftigen Energiemix muss verantwortungsbewusst gestaltet werden. Die grundlegenden Entscheidungen werden in der kommenden Legislaturperiode fallen. Notwendig ist eine Energiepolitik, die Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise mit sächsischen Klimaschutzziele und der Bewahrung lebendiger Landschaften und Siedlungen verbindet, die nachhaltige Innovationen fördert und den erforderlichen Strukturwandel, mit sozialer Verantwortung gestaltet. Es geht um eine neue zukunftsfähige Energiepolitik – getragen von stabilen Mehrheiten.

Der Weg dorthin könnte über einen sächsischen Energiedialog beschrritten werden.

5.4. Erneuerbare Energien ausbauen, Landschaft erhalten

Angesichts des Klimawandels und der Ressourcenverknappung ist eine drastische Reduzierung des Energieverbrauchs bei gleichzeitiger Umstellung der Energieversorgung von fossilen auf erneuerbare Energieträger auch im Freistaat Sachsen unabdingbar. Der Anteil aller Formen erneuerbarer Energien am Gesamtenergieaufkommen ist konsequent auszubauen. In den Regionalplänen sind die Ausweisungen der Windkraft eignungsflächen zu überarbeiten. Immobilien der öffentlichen Hand sind konsequent mit Solarthermie und Photovoltaik auszustatten, vorhandene Wasserkraftpotentiale sind unter Berücksichtigung ökologischer und wasserwirtschaftlicher Belange auszuschöpfen. Dafür ist die Orientierung auf eine dezentrale und mittelständisch verfasste Energiewirtschaft notwendig. Energieversorgungsstrukturen sind zu entflechten, dezentrale Energieerzeugungsanlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung sind zu fördern. Ebenso können auch in diesem Bereich direkte Beteiligungsmodelle wie »Bürgerinnenkraftwerke« gestärkt werden. DIE LINKE tritt aktiv für die Rekommunalisierung von Stadtwerken ein. Die Fortschreibung des Energieprogramms Sachsen einschließlich der dauerhaften Ablehnung von Atomstrom ist eines der Ziele der LINKEN. Insbesondere auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien sind alle Anstrengungen zu unternehmen, durch Forschung und Entwicklung deren Wirkungsgrade zu optimieren. Im Bereich des

Braunkohleabbaus wollen wir dafür sorgen, dass die Abaggerung weiterer Siedlungen vermieden und keinesfalls gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger vorgenommen wird. DIE LINKE steht dazu, dass gesetzlich anerkannte Siedlungsgebiet des sorbischen Volkes nicht leichtfertig der Zerstörung aus privatwirtschaftlichen Gewinninteressen von Bergbau und Energiekonzernen zu opfern. Zugleich bedarf es intensiver Bemühungen, den Verbrauch von Energie insgesamt zu senken. Die Senkung des Energieverbrauches durch die Nutzung neuer Technologien in der Industrie ist zu fördern. Die Bemühungen bei der Dämmung von Gebäuden sowie beim Einsatz energiesparender Produkte in den Haushalten und in den öffentlichen Gebäuden sind zu unterstützen.

5.5. Ökologisch erzeugen und regional vermarkten

Wichtigste Aufgabe der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist die Bereitstellung umweltverträglich erzeugter, gesundheitlich unbedenklicher, für alle bezahlbarer Nahrungsmittel bei gerechten Preisen für die Erzeugerinnen und Erzeuger. Wir sehen uns vor dem Anspruch des sozial-ökologischen Umbaus unseres Landes nicht nur in der Pflicht, die Umstellung konventioneller auf ökologisch arbeitende landwirtschaftliche Betriebe weiterhin zu unterstützen, sondern auch im Sinne der Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, besonders die Vermarktung der erzeugten Produkte zu fördern. DIE LINKE. Sachsen wird durch die Unterstützung einer langfristigen orientierten Förderpolitik auf europäischer, Bundes- und Landesebene die Motivation der Agrarbetriebe zu einer Umstellung auf ökologisches

Wirtschaften mit dem Ziel stärken, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche auf 20 Prozent an der Gesamtheit der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Sachsen zu erhöhen. Um den Umstieg für größere Agrarbetriebe zu erleichtern, sollte auch die Umstellung von Betriebsteilen auf Öko-Landbau ermöglicht werden. Die vollständige und sachgerechte Nutzung von Mitteln aus der europäischen Förderung für die Entwicklung des ländlichen Raumes werden wir sowohl durch revolvierende Fonds (z. B. »SachsenLand-Fonds«) als auch durch eine Vereinfachung, Beschleunigung und Entbürokratisierung der Vergabe ermöglichen.

Wir bekennen uns zur gentechnikfreien Landwirtschaft in ganz Sachsen. Zu deren Absicherung bleibt die Einrichtung gentechnikfreier Regionen ein wichtiger Schritt. Den jetzt schon spürbaren Folgen des Klimawandels in Form der Häufung von Extremwetterereignissen muss mit einer Mehrgefahrenabsicherung landwirtschaftlicher Betriebe beziehungsweise staatlichen Garantien Rechnung getragen werden. Die Politik der LINKEN in Sachsen orientiert sich darauf, dass landwirtschaftliche Kulturfleichen vorrangig für den Anbau von Nahrungsmitteln und Tierfutter genutzt werden. Die Unterstützung einer nachhaltigen Forstwirtschaft fortzuführen und damit einen entsprechenden Waldumbau zu befördern, ist ein wichtiges Ziel. Die energetische und stoffliche Nutzung nachwachsender Rohstoffe muss stärker mit einer unternehmensnahen Forschung gekoppelt werden. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die den Betrieben die Möglichkeiten geben, weg vom einseitigen Anbau von Getreide und Raps wieder hin zur

Gestaltung von Fruchtfolgen, die der Gesunderhaltung von Böden und Pflanzen dienen. Dabei ist die alles entscheidende Grundlage für eine zukunftsorientierte landwirtschaftliche Produktion in jeder Form die Erhaltung und Mehrung fruchtbaren Bodens.

5.6. Natur-, Tier- und Artenschutz ernst nehmen

Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen stellt über Jahrzehnte eine der größten globalen Herausforderungen dar, für deren Bewältigung regionales und lokales Handeln und das verantwortliche Handeln des Freistaates den Schlüssel bietet. Wirtschaften in Sachsen hat diese Priorität anzuerkennen, ansonsten sind existenzielle Auswirkungen sozialer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Art zu erwarten, die wir nicht wollen. Die Frage: »Wie halten Sie es mit dem Naturschutz?«, steht bei jeder Entscheidung. Wir wollen die sich bietenden Gestaltungsspielräume ausschöpfen. Hierbei sind uns die Empfehlungen der Naturschutzvereine wichtig. Deren vorwiegend ehrenamtliches Wirken bedarf größerer öffentlicher Wertschätzung und staatlicher Förderung.

Die Rote Liste der in Sachsen vom Aussterben bedrohten Pflanzen und Tiere darf durch Behördenunwillen nicht ständig länger werden. Die Sorge um den dramatischen Rückgang der biologischen Vielfalt auch in Sachsen ist für uns nicht nur ein beklagenswerter Zustand, sondern Ansporn für umfassendes Umsteuern in der Landespolitik. Von den sächsischen Behörden muss erwartet werden, dass sie die Anforderungen des Naturschutzes konsequent einhalten. Naturschutz und insbesondere Baumschutz sollen vor den Interessen

einzelner Behörden wie der Landes-
talsperrenverwaltung, den Straßen-
baubehörden und des Oberberg-
amtes stehen. Wir setzen uns für
einen nachhaltigen Schutz von
Wildtieren, landwirtschaftlichen
Nutztieren, Haustieren und Zirkus-
tieren ein. Durch die Schaffung von
regionalen Verarbeitungskapazitäten
sind Tiertransporte auf ein Mindest-
maß zu beschränken. Sie bedürfen
deutlich strengerer Auflagen. Statt
Tierversuche müssen Ersatzmethoden
gefördert werden. Tierschutzver-
bänden ist ein Verbandsklagerecht
einzuräumen. Gerade der für Zeiten
des Bevölkerungsrückgangs unge-

rechtfertigt hohe Verbrauch an
Landflächen für Wirtschaft, Verkehr
und Wohnen, quasi eine Bodenver-
nichtung, muss rigoros eingedämmt
werden. Bestehende Bodenversiege-
lungen sind verstärkt rückgängig zu
machen. Landschaftsschutzgebiete
sollen im Einvernehmen mit den
Landnutzern eine Aufwertung erfah-
ren. Deren Beiträge im Naturschutz
müssen besser honoriert werden.
Hochwasserschutz ist mehr als
hochwassergefährdete Orte bau-
technisch gekonnt einzumauern. Den
Flussläufen, vor allem der Elbe und
der Vereinigten Mulde, muss mehr
Raum gegeben werden.

Schluss

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, mit unseren politischen Angeboten für die Bereiche Arbeit und Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur, Demokratie und Umwelt hoffen wir, Sie davon überzeugt zu haben, dass DIE LINKE in der Lage ist, Sachsen so zu gestalten, dass ein Leben in Menschenwürde für alle möglich ist. Gerade die Auswirkungen der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigen, dass die Rezepte der vergangenen Jahre in die Irre führen. Den Gürtel enger zu schnallen, also niedrige Löhne und der Abbau sozialer Sicherheit, hat nicht dazu geführt, dass es den Menschen in diesem Land besser geht. Vielmehr wurden soziale Sicherheit und Gerechtigkeit auch von der hier in Sachsen regierenden CDU aufs Spiel gesetzt. Dieses Experiment verdient ein schnelles Ende. Wir, DIE LINKE in Sachsen, können dafür sorgen!

Mit den in diesem Programm ausführlich dargestellten Konzepten und Vorschlägen für die nächsten fünf Jahre und darüber hinaus konzentrieren wir uns auf die wichtigsten Aufgaben hier im Freistaat. Selbstverständlich stehen wir darüber hinaus als Partei der sozialen Gerechtigkeit für ein breites politisches Angebot. Die Abschaffung der Hartz-Gesetze ist eines der wichtigen sozialpolitischen Ziele unserer Partei auf Bundesebene. Dies betrifft sowohl die menschenunwürdig niedrige finanzielle Ausstattung als auch die weiteren damit verbundenen Repressionen. Dieses Ziel werden wir von Sachsen aus natürlich unterstützen, die Entscheidungen darüber aber werden im Bundestag gefällt. Seit vielen Jahren

ist deutlich geworden, dass DIE LINKE die einzige Partei in den Parlamenten dieses Landes ist, die konsequent für die friedliche Lösung internationaler Konflikte eintritt. Daran hat sich nichts geändert. Ebenso ist für uns weiterhin die europäische Integration vor allem eine Frage grenzüberschreitender sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir stehen für eine europäische Union, in der die sozialen und Bürgerrechte die entscheidende Stellung einnehmen. Wir sind damit die Partei, die Europa nicht nur als Wirtschaftsraum betrachtet, der von den Interessen der Unternehmen dominiert wird, sondern als Gemeinschaft, in der die Interessen aller Einwohnerinnen und Einwohner Beachtung finden. DIE LINKE. Sachsen ist selbstverständlich dem Bundestagswahlprogramm unserer Partei verpflichtet und unterstützt alle auf dieser Ebene von unserer Partei vorgeschlagenen Konzepte.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, in den nächsten fünf Jahren steht Sachsen vor erheblichen Herausforderungen. DIE LINKE ist bereit, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Deshalb bitten wir um Ihr Vertrauen. Die wichtigste Aufgabe besteht unserer Auffassung nach darin, dass die notwendige Korrektur der Ergebnisse der fehlgeleiteten Politik der letzten zwanzig Jahre in diesem Land nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner stattfindet. Wir versprechen nicht, dass von einem Tag auf den anderen »blühende Landschaften« entstehen. Aber wir können uns dafür verbürgen, dass soziale Sicherheit und Gerechtigkeit unsere Leitmotive für all unsere

Entscheidungen sind. Dafür arbeiten wir gemeinsam mit unseren Partnern in zivilgesellschaftlichen Organisationen, in Gewerkschaften, in Bürgerinitiativen auf allen Ebenen. Die deutliche Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten aller daran interessier-

ten Einwohnerinnen und Einwohner Sachsens an der Gestaltung der Politik ist damit das zweite Markenzeichen unseres Angebotes für Sie. So werden wir gemeinsam Sachsen zu einem Land gestalten, in dem ein Leben in Menschenwürde für alle möglich ist.

Das Landeswahlprogramm 2009 wurde vom
3. Landesparteitag der Partei DIE LINKE. Sachsen
am 25. April 2009 beschlossen.

Impressum

Herausgeber:
Rico Gebhardt, Landesgeschäftsführer
der Partei DIE LINKE. Sachsen
Großenhainer Straße 101, Haus A
01127 Dresden
kontakt@dielinke-sachsen.de
Telefon: 0351/8 53 27-0

www.dielinke-sachsen.de